Ministerium für
Finanzen und Europa

SAARLAND

Mittelfristige Finanzplanung des Saarlandes 2019 - 2023

Finanzplan

des Saarlandes

2019 - 2023

Aufgestellt vom Ministerium für Finanzen und Europa

Beschlossen von der Landesregierung am 10. September 2019

Vorwort

Der vorliegende Finanzplan umfasst die Jahre 2019 bis 2023. Er bildet einerseits die letzten Jahre des Sanierungszeitraums 2010 bis 2020 ab, die durch den Konsolidierungsprozess im Rahmen der Rückführung der Defizitobergrenzen geprägt sind. Andererseits umfasst die Finanzplanung mit dem Jahr 2020 eine finanzpolitische Zäsur gleich in mehrfacher Hinsicht. Zum einen wird mit dem In-Kraft-Treten der grundgesetzlichen und der landesrechtlichen Schuldenbremse ein neues Kapitel der Haushaltsüberwachung und -steuerung aufgeschlagen. Darüber hinaus bilden der reformierte bundesstaatliche Finanzausgleich sowie insbesondere die Ablösung der Konsolidierungshilfen durch die Sanierungshilfen einen neuen finanzpolitischen Rahmen, in dem sich die saarländische Finanzpolitik ab dem Jahr 2020 bewegt.

Der Erfolg, der im Saarland umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse, drückt sich in den Zahlen der vorliegenden Finanzplanung deutlich aus. Im Jahr 2019 will das Saarland planmäßig mit der Schuldentilgung beginnen. Das strukturelle Defizit, das im Jahr 2010 noch 1.247,5 Mio. Euro betrug, wird im Jahr 2020 gemäß beschlossenem Haushaltsplan vollständig abgebaut sein. Der Stabilitätsrat hat diese Konsolidierungserfolge zuletzt in seiner Sitzung vom 18. Juni 2019 anerkannt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass das Land in seinem Konsolidierungsbestreben nicht nachlassen darf, „um den vorgegebenen Abbaupfad bis 2020 einzuhalten, die bislang erreichten Konsolidierungserfolge dauerhaft abzusichern und den Weg zu einer nachhaltigen Sanierung des Landeshaushalts fortzusetzen."

Die erzielten Fortschritte sind zu einem großen Teil das Ergebnis landespolitischer Entscheidungen zur Verbesserung der Einnahmen sowie struktureller Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben. Die bereits umgesetzten Sanierungsmaßnahmen entfalten in den Jahren 2019 und 2020 eine strukturelle Haushaltsentlastung in einer Größenordnung von ca. 537 Mio. Euro. Die günstigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen - eine bis zuletzt erfreuliche Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen und ein historisch niedriges Zinsniveau - haben ihren Teil zu diesem Konsolidierungsfortschritt beigetragen. Gerade vor dem Hintergrund der sich eintrübenden Konjunktur, geopolitischer Risiken und der aufziehenden Herausforderungen in den Bereichen Mobilität, Energieversorgung und Klimawandel ist es aber dringend angezeigt, die richtigen Weichenstellungen für einen zukunftsfesten Haushalt zu treffen. Das Leitmotiv bleibt, den saarländischen Haushalt in den Leitplanken von Konso-

lidierung auf der einen Seite und Zukunftsinvestitionen sowie Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf der anderen Seite zukunftsfest zu verorten.

Ab dem Jahr 2020 wird die Landesregierung vor diesem Hintergrund die in den vergangenen Jahren erarbeiteten Chancen dazu nutzen, den eingeleiteten Aufholprozess des Landes durch ein Bündel aufeinander abgestimmter Maßnahmen weiter zu forcieren. Dazu zählen insbesondere der nachhaltige Abbau von Schulden, die Umsetzung der Investitionsoffensive Saar, eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes als attraktiver Unternehmens- und Wohnstandort, die Fortsetzung der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung sowie die zukunftsfeste Gestaltung auch der kommunalen Finanzen in Zusammenarbeit mit den saarländischen Städten und Gemeinden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort **2**

1. Allgemeine Grundlagen der Finanzplanung **6**

1.1 Rechtsgrundlage 6

1.2 Planungszeitraum 6

1.3 Bedeutung des Finanzplans 6

2. Gesamtwirtschaftlicher Rahmen und regionalwirtschaftliche Entwicklung **8**

2.1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und mittelfristige Aussichten 8

2.2 Die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland 9

3. Finanzwirtschaftlicher Rahmen und landesspezifische Ausrichtung **11**

3.1 Finanzpolitische Grundausrichtung der öffentlichen Haushalte 11

3.2 Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat 12

3.3 Leitlinien der saarländischen Finanzpolitik 13

3.4 Sanierungsplanung 16

3.5 Verankerung der Schuldenbremse in saarländischem Landesrecht 19

3.6 Langfristprojektion 20

4. Eckdaten der finanzwirtschaftlichen Entwicklung **21**

4.1 Einnahmen 21

4.2 Ausgaben 22

4.3 Entwicklung der Haushaltskennziffern 28

5. Aufgabenschwerpunkte **29**

Abbildungsverzeichnis

Grafik 1 Defizitobergrenzen des Saarlandes 2010 – 2020 nach Konjunkturbereinigung 17
Grafik 2 Entwicklung der Aktivenbezüge sowie Versorgung und Beihilfe 25

Tabellen im Text

Tabelle 1: Defizitabbaupfad und Sicherheitsabstände 16
Tabelle 2: Überleitungsrechnung zur Ableitung der zulässigen Nettokreditaufnahme 18
Tabelle 3 Langfristplanung bis zum Jahr 2025 20
Tabelle 4: Steuereinnahmen, LFA und BEZ 22
Tabelle 5: Entwicklung der bereinigten Ausgaben 23
Tabelle 6: Entwicklung der Personalausgaben 24
Tabelle 7 Zuführungen aus der Versorgungsrücklage 25
Tabelle 8: Entwicklung der Investitionsausgaben 26
Tabelle 9: Zahlungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände 28
Tabelle 10: Entwicklung der NKA, der Zinsausgaben, der Zinsausgabenquote 29

Anhangsverzeichnis

Anhang 1 Eckdaten im Finanzplan
Anhang 2 Kreditaufnahmen, Schuldenstand und Schuldendienst am Kapitalmarkt
Anhang 3 Einnahmen und Ausgaben nach Arten
Anhang 4 Finanzierungsübersicht
Anhang 5 Finanzplanung nach Ressorts
Anhang 6 Investitionsplanung nach Einzelplänen
Anhang 7 Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten
(Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates)

1. Allgemeine Grundlagen der Finanzplanung

1.1 Rechtsgrundlage

Nach § 9 Abs. 1 und § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen.

In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten darzustellen; dabei sind die Wechselbeziehungen zu der voraussichtlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens zu berücksichtigen.

Der Finanzplan ist gemäß § 31 der Haushaltsordnung des Saarlandes (LHO) in Verbindung mit § 9 Abs. 2 und § 14 StWG vom Ministerium für Finanzen und Europa aufzustellen und zu begründen. Er wird von der Landesregierung beschlossen und dem Landtag zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Mit der Vorlage des Finanzplans 2019 - 2023 trägt die Landesregierung den gesetzlichen Bestimmungen Rechnung.

1.2 Planungszeitraum

In Anschluss an die Mittelfristige Finanzplanung 2018 – 2022 geht der vorliegende Finanzplan in Anwendung des § 50 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) von dem mit Gesetz Nr. 1956 vom 12. Dezember 2018 (Amtsblatt Teil I, S. 833) festgestellten Haushaltsplan des Saarlandes für die Rechnungsjahre 2019 und 2020 aus. Die Daten für die Jahre 2019 und 2020 entsprechen dem beschlossenen Doppelhaushalt 2019/2020. Der eigentliche Finanzplanungszeitraum umfasst die Jahre 2021, 2022 und 2023. Die Finanzplanung enthält auch eine Langfristprojektion, in der die weitere finanzielle Entwicklung des Landeshaushalts skizziert wird. Sie umfasst die Jahre 2024 bis 2030.

1.3 Bedeutung des Finanzplans

Die Finanzplanung hat den Charakter eines Rahmenplans. Dem Finanzplan des Saarlandes liegen zwar eine titelbezogene Vorausschätzung der von außen vorgegebenen Verpflichtungen und eine Vorfestlegung der gestaltbaren Ausgaben- und Einnahmenentwicklung zugrunde. Dies geschieht aber in Kenntnis dessen, dass sich die Eckdaten der zukünftigen finanzwirtschaftlichen Entwicklung des Landeshaushaltes bis ins Jahr 2023 – und erst Recht darüber hinaus – nur ab-

schätzen lassen. Aus diesen Umständen ergibt sich der gegenüber der Haushaltsplanung globalere Zuschnitt der Finanzplanung.

Der Finanzplan soll die mittelfristige Entwicklung der Haushalts- und Finanzlage des Landes veranschaulichen. Bedingt durch das mit dem Stabilitätsratsgesetz eingerichtete Frühwarnsystem und insbesondere mit Blick auf die ab dem Jahr 2020 durch den Stabilitätsrat durchzuführende innerstaatliche Überwachung der Schuldenbremse hat die mittelfristige Finanzplanung auch insofern erhebliche Bedeutung. Diese Bedeutung ist mit Blick auf die Rolle des Stabilitätsrates bei der Überwachung der für Deutschland geltenden europäischen Vorgaben zur Haushaltsdisziplin gewachsen. So wacht der Stabilitätsrat darüber, dass die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen insgesamt die im Haushaltsgrundsätzegesetz festgelegte Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits von 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.

Der Bund und die Länder berichten derzeit grundsätzlich bis Mitte Oktober eines jeden Jahres im Rahmen ihrer sogenannten Stabilitätsberichte über die aktuelle Haushaltslage und die Finanzplanung anhand von vier vorgegebenen Haushaltsindikatoren und einer Mittelfristprojektion. Der Stabilitätsrat prüft anhand der Indikatoren und der Projektion, ob sich daraus Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage einer Gebietskörperschaft ergeben. Bei Überschreitung der vorgegebenen Schwellenwerte bei mehreren Indikatoren, entweder im Gegenwartszeitraum oder im Finanzplanungszeitraum beziehungsweise bei der Projektion, erfolgt eine vertiefte Prüfung seitens des Stabilitätsrates, inwieweit eine drohende Haushaltsnotlage vorliegt. Hieran schließt sich gegebenenfalls die Vorgabe an, ein Sanierungsprogramm zu erarbeiten und mit dem Stabilitätsrat zu vereinbaren. Dort sind die in der eigenen Zuständigkeit des Landes liegenden geeigneten Maßnahmen zur Vermeidung der Notlage zu beschreiben und festzulegen.

Der Stabilitätsrat hat den Arbeitskreis Stabilitätsrat im Juni 2017 beauftragt, das aktuelle Analysesystem der jährlichen Haushaltsüberwachung zur Vermeidung drohender Haushaltsnotlagen – bestehend aus Kennziffern und einer modellgestützten Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung – für die Jahre ab 2020 im Hinblick auf seine rechtlichen, finanzwirtschaftlichen und statistischen Rahmenbedingungen zu überprüfen und ggf. Änderungen vorzuschlagen. Diese Überarbeitung ist noch nicht abgeschlossen (Stand: September 2019). Bereits heute ist der Finanzplan sowohl Grundlage für den Stabilitätsbericht des Landes

als auch für die jährlichen Umsetzungsberichte zum Sanierungsprogramm. Es ist aber zu erwarten, dass die Bedeutung der Finanzplanung für die Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat weiter zunehmen wird.

Das Stabilitätsratsgesetz selbst ist anzupassen (§ 5 Absatz 1 und 2 StabiRatG), weil die bisherige Messgröße (Abbauschritte der jährlichen Nettokreditaufnahme) des Sanierungsverfahrens angesichts der ab 2020 geänderten grundgesetzlichen und haushaltsgesetzlichen Vorgaben nicht mehr geeignet ist. Vor diesem Hintergrund ist absehbar, dass die Regelungen im Stabilitätsratsgesetz zum Sanierungsverfahren mit Blick auf die neuen Rahmenbedingungen der Schuldenbremse angepasst werden.

Gemäß der am 11. Dezember 2017 zwischen dem Saarland und dem Stabilitätsrat getroffenen Vereinbarung über die Verlängerung der Sanierungsvereinbarung nach § 5 Stabilitätsratsgesetz werden das Land und der Stabilitätsrat vor Ablauf des laufenden Programms in Verhandlungen über dessen (erneute) Verlängerung treten, wenn sich im vorletzten Jahr des Sanierungszeitraums – also im Jahr 2019 – aus der regelmäßigen Haushaltsüberwachung Anzeichen ergeben, dass eine drohende Haushaltsnotlage fortbesteht. In diese Erwägungen einfließen wird auch die o.g. Überarbeitung des Analysesystems der Haushaltsüberwachung, in dem die Finanzplanung eine nicht exakt abschätzbare Bedeutung als Steuerungs- und Überwachungsinstrument der Landesfinanzen spielen wird.

2. Gesamtwirtschaftlicher Rahmen und regionalwirtschaftliche Entwicklung

2.1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und mittelfristige Aussichten

Das Expansionstempo der deutschen Volkswirtschaft hat merklich nachgelassen und die Grunddynamik der deutschen Wirtschaft verlangsamt sich. Nachfrageseitig geht dies vor allem auf einen deutlich schwächeren Export in wichtigen Absatzmärkten zurück. Angebotsseitig spielen die in vielen Branchen erreichten Kapazitätsgrenzen und bestehenden Arbeitskräfteengpässe eine Rolle.

Insgesamt befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem Spannungsfeld zwischen einer ausgeprägten Schwäche der Industrie und weiter kräftigem Wachstum im Baugewerbe und bei den Dienstleistungsunternehmen. In diesem Spannungsfeld der binnen- und außenwirtschaftlichen Kräfte ist nach Auffassung der

Bundesregierung nur mit einer moderaten Aufwärtsbewegung für 2019 zu rechnen, was insbesondere auf die abgeschwächte Weltwirtschaft zurückzuführen ist. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion vom April 2019 ein Wirtschaftswachstum von real 0,5 % für 2019. Für 2020 wird ein Wirtschaftswachstum von real 1,5 % erwartet. Dabei wird im Einklang mit den Erwartungen internationaler Organisationen noch von einer wieder dynamischeren Entwicklung der Weltwirtschaft ausgegangen.

Positive Impulse für die deutsche Wirtschaft kommen insbesondere aus der Binnenwirtschaft, die annahmegemäß im gesamten Projektionszeitraum weiter kräftig wachsen wird. Getragen von der positiven Beschäftigungs- und Lohnentwicklung wird der private Konsum in diesem und im nächsten Jahr weiter spürbar zunehmen (2019: +1,2 %, 2020: +1,6 %). Einhergehend mit der fortbestehenden hohen Nachfrage nach Wohnbauten werden auch die Bauinvestitionen weiter deutlich zulegen (2019: 2,7 %, 2020: 3,0 %). Die Investitionen in Ausrüstungen dürften sich dagegen angesichts der abgeschwächten globalen Konjunkturdynamik in 2019 etwas weniger dynamisch entwickeln (+2,0 %). Im Zuge der wieder dynamischeren Entwicklung der Weltwirtschaft in 2020 dürften sie im nächsten Jahr wieder stärker expandieren (+3,0 %). In der mittleren Frist, d. h. in den Jahren 2021 bis 2023, wird mit einem Wachstum des realen BIP um durchschnittlich 1,2 % pro Jahr gerechnet.

Mit Blick auf Chancen und Risiken der Weltwirtschaft und die konjunkturelle Entwicklung überwiegen gegenwärtig die Abwärtsrisiken. Hier sind zu nennen die Entwicklung der Handelskonflikte, geopolitische Spannungen, der Brexit-Prozess, Währungskrisen in einzelnen Schwellenländern sowie Risiken für die Finanzmarktstabilität.

2.2 Die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland

Die saarländische Wirtschaft hat im vergangenen Jahr deutlich an Dynamik verloren. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im Jahr 2018 nominal um 1,2 %. Preisbereinigt ergibt sich jedoch ein Rückgang von 0,8 %. Damit verlief die Konjunktur im Saarland im Jahr 2018 ungünstiger als in den anderen Bundesländern. Für Deutschland insgesamt wurde die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2018 nominal auf plus 3,3 % beziffert, real auf plus 1,4 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes wurde im Jahr 2018 – wie bereits schon 2017 – von Sondereinflüssen bestimmt, die vor allem die Schlüsselbranchen betrafen. Aufgrund produktionstechnischer Umstellungen in der heimischen Automobilindustrie sind Produktions- und Absatzeinbußen eingetreten, die sich auf den gesamten Konjunkturverlauf des Landes auswirkten. In diesem größten Industriezweig sind die Umsätze um 6,1 % geschrumpft, wobei der Export (- 9,5 %) sich deutlich schlechter entwickelte als die Inlandsnachfrage (- 1,1 %). Parallel dazu ist die Produktion der Branche um 12,7 % eingebrochen.

Ebenfalls unbefriedigende Ergebnisse werden aus den beiden anderen großen saarländischen Industriezweigen gemeldet: Im Maschinenbau haben die Auftragseingänge nur schwach um 0,7 % zugenommen, doch die Produktion fiel um 6,3 % und der Umsatz um 9,3 %. Aufgrund der überragenden Vorjahresergebnisse dürfte hierbei auch ein gewisser Normalisierungseffekt eine Rolle spielen. Etwas freundlicher präsentierte sich die saarländische Stahlindustrie mit einer Zunahme der Auftragseingänge um 2,0 % und einer Umsatzverbesserung um 2,1 % bei allerdings rückläufiger Produktionsleistung (- 3,3 %).

Die drei genannten großen Industriezweige erbringen im Saarland fast drei Viertel des Gesamtumsatzes im verarbeitenden Gewerbe, der sich im Jahr 2018 auf knapp 27,3 Mrd. Euro belief. Das waren 2,4 % weniger im Vergleich zum Vorjahr, wobei die Exporte mit minus 4,2 % schlechter liefen als das Inlandsgeschäft (- 0,4 %). Die Exportquote der Industrie verringerte sich damit auf 51,3 %. Das verarbeitende Gewerbe seinerseits hat im Saarland, gemessen an der Bruttowertschöpfung, wegen seiner traditionell hohen Industriedichte einen größeren Anteil an der Gesamtwirtschaft, als dies in den meisten anderen Bundesländern der Fall ist. Gepaart mit der hohen Exportabhängigkeit des Saarlandes fallen Sondereinflüsse hierzulande zwangsläufig stärker ins Gewicht als auf Bundesebene.

Für das Jahr 2019 ist mit Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Entwicklungen auf die saarländische Wirtschaft zu rechnen. Dies betrifft sowohl die weniger dynamische konjunkturelle Weltwirtschaft, als auch die bereits skizzierten Risiken. Sowohl bei der Ein- als auch bei der Ausfuhr stellen die Güter der Fahrzeugindustrie mit einem zusammengefassten Handelsvolumen von rund 9 Mrd. Euro die weitaus dominierende Warengruppe im saarländischen Außenhandel dar. Gerade vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf neue Fahrzeugtechnologien und die Abkehr von alten Techniken besonders relevant. Aktu-

elle Auftragseingänge großer Automobilunternehmen an Zulieferer im Saarland lassen hoffen, dass diese neuen Entwicklungen auch zu konjunkturellen Impulsen und einem Anschluss an die bundesdeutsche BIP-Entwicklung führen werden.

Die konjunkturelle Grundtendenz der saarländischen Wirtschaft erscheint vor dem Hintergrund diverser relevanter Entwicklungen – wie beispielsweise die Auswirkungen des Brexit, die weitere Entwicklung auf dem internationalen Stahlmarkt, die technologischen Umbrüche in der Automobilindustrie und nicht zuletzt geopolitische Gefahren sowie Handelskriege – mit Risiken behaftet.

3. Finanzwirtschaftlicher Rahmen und landesspezifische Ausrichtung

3.1 Finanzpolitische Grundausrichtung der öffentlichen Haushalte

Die Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts erzielten nach den vorläufigen Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik im Jahr 2018 einen Finanzierungsüberschuss – in Abgrenzung der Finanzstatistiken – von 53,6 Mrd. Euro.

Der Bund allein erzielte im Jahr 2018 einen Finanzierungsüberschuss von 12,5 Mrd. Euro. Das waren allerdings 18,2 Mrd. Euro weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist hauptsächlich in einem Basiseffekt begründet, da dem Extrahaushalt des Bundes „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“ im Jahr 2017 einmalige Einnahmen in Höhe von 24,1 Mrd. Euro zugeflossen waren. Die Länder wiesen für das Jahr 2018 einen Finanzierungsüberschuss von 20,2 Mrd. Euro (+ 8,1 Mrd. Euro gegenüber 2017) aus. Für die Gemeinden und Gemeindeverbände errechnet sich für das Berichtsjahr 2018 ein Finanzierungsüberschuss von 9,8 Mrd. Euro (- 0,9 Mrd. Euro gegenüber 2017). Die Sozialversicherung erreichte im Jahr 2018 einen Finanzierungsüberschuss von 11,2 Mrd. Euro (+ 2,7 Mrd. Euro gegenüber 2017).

Wie in den vergangenen Jahren stellt sich die Lage der öffentlichen Haushalte bei einer näheren Betrachtung sehr heterogen dar. So erwirtschaften einige Länder nach wie vor deutliche Überschüsse, während andere Länder - wie das Saarland - auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt erhebliche Fortschritte erzielten.

Für 2018 war für den saarländischen Haushalt noch von einer Neuverschuldung von acht Mio. Euro ausgegangen worden. Tatsächlich konnte unter Berücksichtigung der Konsolidierungshilfen eine haushaltsmäßige Nettoschuldentilgung von gut 70 Mio. Euro erreicht werden. Das strukturelle Defizit – nach Konjunkturbereinigung und ohne Konsolidierungshilfen – beträgt jedoch für das Haushaltsjahr 2018 immer noch 230 Mio. Euro. Im Haushaltsjahr 2019 soll die Nettoschuldentilgung auf 80 Mio. Euro erhöht und in den Folgejahren strukturell auf diesem Niveau verstetigt werden.

Ebenso differenziert stellt sich die Lage bei den Kommunen da. Der bundesweit große Überschuss auf kommunaler Ebene darf nicht darüber hinweg täuschen, dass auch unter den Kommunen große Unterschiede mit Blick auf die Ausgeglichenheit der Haushalte bestehen.

Die jüngste Entwicklung zeigt, dass auch die saarländischen Kommunen bei ihren Bemühungen zur Haushaltsgesundung Fortschritte erzielen. Der Bestand an kommunalen Kassenkrediten hat sich im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017 um einen Betrag von rd. 120 Mio. Euro reduziert. Dies entspricht einer Verringerung von 6,2 %.

Da sich die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der saarländischen Kommunen ab dem Jahr 2020 voraussichtlich weiter verbessern und die Landesregierung zudem die Kommunen im Zuge des Saarlandpaktes dabei unterstützen will, die finanzielle Schieflage in den Kommunalhaushalten nachhaltig zu überwinden, sollte die positive Entwicklung im Finanzplanungszeitraum vorbehaltlich gravierender regionalwirtschaftlicher Verwerfungen verstärkt werden.

3.2 Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat

Gemäß seinen im Haushaltsgrundsätzegesetz festgeschriebenen Aufgaben hat der Stabilitätsrat im Juni 2019 die Einhaltung der strukturellen gesamtwirtschaftlichen Defizitobergrenze nach § 51 Absatz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz geprüft.

Nach Einschätzung des Stabilitätsrates hat sich die Wachstumsdynamik der deutschen Wirtschaft nach einer lang andauernden Phase eines stabilen gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs seit Mitte des vergangenen Jahres merklich verlangsamt. Ein schwieriges außenwirtschaftliches Umfeld trübt den Ausblick. Vor dem Hintergrund der weniger dynamischen Wachstumserwartungen ist es

nach Auffassung des Stabilitätsrates deshalb unerlässlich, Ausgaben noch stärker zu priorisieren und an der Ausgabendisziplin festzuhalten.

Der Stabilitätsrat gelangt darüber hinaus zu der Einschätzung, dass der Staatshaushalt im laufenden Jahr erneut einen Überschuss ausweisen wird. Die europäische Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit in Höhe von 0,5 % des BIP wird mit Abstand eingehalten. Auch für die kommenden Jahre bis 2023 erwartet der Stabilitätsrat, dass Deutschland die Defizitobergrenze unterschreiten wird. Der unabhängige Beirat teilt diese Einschätzung. Trotz gewisser gesamtwirtschaftlicher Unsicherheiten im außenwirtschaftlichen Umfeld sowie finanzpolitischer Risiken sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite geht der Beirat davon aus, dass die Obergrenze mit einem Sicherheitsabstand eingehalten wird.

Der Stabilitätsrat hat die turnusgemäße Berichterstattung des Saarlandes über den aktuellen Stand der Umsetzung seines Sanierungsprogramms im Juni 2019 zustimmend zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass das Saarland die Obergrenze der Nettokreditaufnahme im Jahr 2018 eingehalten hat. Die im Sanierungsprogramm enthaltenen Maßnahmen wurden umgesetzt. Aus dem Sanierungsbericht geht nach Auffassung des Stabilitätsrates zudem hervor, dass das Saarland das Sanierungsziel auch im Jahr 2019 erreichen wird. Der Stabilitätsrat gibt jedoch zu bedenken, dass sich der Abstand zur Obergrenze gegenüber den Vorjahren verringert.

Angesichts der verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Perspektiven, einem konstanten Entlastungsvolumen der bisherigen Maßnahmen und zusätzlichen strukturellen Belastungen im Personalbereich weist der Stabilitätsrat jedoch darauf hin, dass weitere Maßnahmen erforderlich werden können, um den vorgegebenen Abbaupfad bis 2020 einzuhalten, die bislang erreichten Konsolidierungserfolge dauerhaft abzusichern und den Weg zu einer nachhaltigen Sanierung des Landeshaushalts fortzusetzen.

3.3 Leitlinien der saarländischen Finanzpolitik

Leitlinie der saarländischen Finanzpolitik ist das Ziel, die verfassungsrechtlichen Vorgaben aus Artikel 109 Abs. 3 GG unter Wahrung des Gebots der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu beachten und gleichzeitig die Fähigkeit zur Finan-

zierung von zukunftsträchtigen Leitinvestitionen sowie notwendigen Erhaltungsinvestitionen zu bewahren.

Der Koalitionsvertrag für die 16. Legislaturperiode des Landtages des Saarlandes stellt alle im Koalitionsvertrag dargestellten kostenwirksamen Vereinbarungen unter einen allgemeinen Haushaltsvorbehalt. Die Einhaltung des durch die Schuldenbremse vorgegebenen Defizitabbaupfades und damit die Sicherung der jährlichen Konsolidierungshilfen haben danach absoluten Vorrang. Die im Ländervergleich außerordentlich niedrige, nach Abzug von Vorbelastungen verbleibende Finanzkraft des Landes stellt das Saarland vor eine große Herausforderung.

Im Rahmen der auf Bundesebene eingerichteten Kommission zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland setzt sich das Saarland für eine zielgerichtete Unterstützung strukturschwacher Regionen ein. Die Facharbeitsgruppe Kommunale Altschulden, in der das Saarland den Co-Vorsitz innehatte, hat herausgearbeitet, dass die Sozialausgaben zu den Hauptursachen der kommunalen Haushaltsprobleme gehören. Alle Länder, Städtetag sowie der Städte- und Gemeindebund haben die gemeinsame Erwartung an den Bund formuliert, dass dieser seiner Verantwortung gerecht wird und die Länder bei der Bewältigung dieser Situation unterstützt. Mit dem Saarlandpakt leistet das Land seinen eigenen originären Beitrag und trägt zur Verbesserung der finanziellen Situation der saarländischen Kommunen bei.

Die Vorgabe des strukturell ausgeglichenen Haushalts aus Art. 109 Abs. 3 GG gilt ab dem Jahr 2020 für alle Länder und damit auch für das Saarland verbindlich. Danach sind die Haushalte der Länder grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Eine Nettokreditaufnahme in einer wirtschaftlichen Abschwungphase ist ab 2020 grundsätzlich nur noch dann zulässig, wenn dies im Rahmen eines Regelmechanismus geschieht, der im Aufschwung Überschüsse erforderlich macht. Dies wird durch den Stabilitätsrat überwacht. Für den Konsolidierungszeitraum bis 2020 gilt das nach der Verwaltungsvereinbarung zu den Konsolidierungshilfen maßgebliche Verfahren.

Ab 2020 gelten für das Land weitergehende Verpflichtungen aus dem Sanierungshilfengesetz. Hiernach muss das Land gegenüber dem Bund Tilgungen in Höhe von jahresdurchschnittlich 80 Mio. Euro nachweisen. Dies ist Voraussetzung zum Erhalt der vollständigen jährlichen Sanierungshilfe in Höhe von 400 Mio. Euro.

Vor dem Hintergrund verschiedener haushaltsbezogener Risiken ist es das Anliegen einer soliden und vorausschauenden Haushaltsführung im Saarland, auf der Ausgabenseite effizient und sparsam zu wirtschaften sowie auf der Einnahmenseite die möglichen Potenziale wachstumsverträglich auszuschöpfen.

Im Finanzplanungszeitraum muss der Landeshaushalt absehbar erhebliche Mehrbelastungen auf der Ausgabenseite beispielsweise im Zusammenhang mit den Ausgaben für Besoldung und Versorgung verkraften, um die Wettbewerbsfähigkeit im öffentlichen Dienst des Landes zu stärken. Einnahmenseitig muss sich das Land auf ein deutlich geringeres Wachstum der steuerabhängigen Einnahmen einstellen und zudem finanzpolitische Risiken aus weiteren Steuersenkungen erfassen, die sich etwa aus den Effekten eines weiteren Abbaus der kalten Progression nach dem Jahr 2020 ergeben. In der Diskussion befindlich oder bereits angekündigt sind weitere Steuermindereinnahmen, die beispielsweise aus der Erhöhung des Kindergeldes resultieren.

Neben die finanzpolitischen Risiken treten Unsicherheiten, insbesondere durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Sofern sich Abwärtsrisiken materialisieren, würde dies für die öffentlichen Haushalte insgesamt, insbesondere aber für hoch vorbelastete finanzschwache Länder wie das Saarland, eine äußerst anspruchsvolle Herausforderung darstellen. Da die gesamtwirtschaftlichen Risiken derzeit vor allem im außenwirtschaftlichen Umfeld liegen und die Binnenkonjunktur eher robust erscheint, könnte das Saarland aufgrund seiner Exportabhängigkeit wie in der Vergangenheit zudem besonders von einer etwaigen Eintrübung betroffen sein.

Vor dem Hintergrund dieser Risiken und mit Blick auf die Mahnung des Stabilitätsrates an das Saarland aus der Sitzung vom 18. Juni 2019 sind die bislang erreichten Konsolidierungserfolge dauerhaft abzusichern und ist der Weg zu einer nachhaltigen Sanierung des Landeshaushalts fortzusetzen. Dies bedeutet einerseits ein entschlossenes Festhalten am Konsolidierungscharakter der saarländischen Haushaltspolitik und andererseits deren Einbettung in eine Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes vor dem Hintergrund des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse.

3.4 Sanierungsplanung

Das in der Verwaltungsvereinbarung zum Konsolidierungshilfengesetz vom 15. April 2011 für den Ausgangswert 2010 festgeschriebene strukturelle Defizit des Saarlandes nach Konjunkturbereinigung beträgt 1.247,5 Mio. Euro. Hieraus ergaben sich die Werte, mit denen das Defizit bis zum Jahr 2020 in zehn gleichmäßigen Schritten auf 0 Euro zurückzuführen ist. Tabelle 1 stellt für den Zeitraum 2011 bis 2019 die Defizitobergrenzen, die bisher realisierten sowie zukünftig geplanten Defizite und die sich daraus ergebenden Sicherheitsabstände dar.

Das Saarland hat seither jährlich gegenüber dem Stabilitätsrat die Einhaltung der Defizitabbaugrenzen in einem sog. Konsolidierungsbericht nachgewiesen. Im Konsolidierungsbericht für das Jahr 2018 von April 2019 konnte das Saarland darlegen, dass auch in 2018 die Konsolidierungsverpflichtungen vollständig eingehalten wurden.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2019 sieht ebenfalls eine - wenn auch geringe - Unterschreitung der Defizitobergrenze vor. Für dieses Jahr, also für das letzte Jahr, bevor die Schuldenbremse greift, sind Zuführungen aus den in einem Sondervermögen erarbeiteten Rücklagen notwendig, um die für dieses Jahr geltenden Herausforderungen zur Einhaltung der Defizitobergrenze bewältigen zu können. Sie ergeben sich nicht zuletzt aus der ex ante Konjunkturkomponente. Danach werden für 2019 schon vorab Steuereinnahmen in Höhe von annähernd 50 Mio. Euro als konjunkturbedingt gewertet. Die Zuführungen können gleichwohl geringer ausfallen als noch in der Finanzplanung 2017-2021 angenommen werden musste. Die im Sondervermögen infolgedessen frei werdenden Mittel dienen der unterstützenden Finanzierung der in der Investitionsoffensive Saar enthaltenen Maßnahmen.

Tabelle 1: Defizitabbaupfad und Sicherheitsabstände:

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
vorgegebene Defizitobergrenze in Millionen Euro	1.122,8	998,0	873,3	748,5	623,8	499,0	374,3	249,5	124,8	0,0
Tatsächliches/voraussichtliches Defizit in Millionen Euro	992,6	895,6	653,0	599,5	515,8	430,8	356,6	230,2	120,7	0,0
Sicherheitsabstand in Mio. €	**130,2**	**102,4**	**220,3**	**149,0**	**108,0**	**68,2**	**17,7**	**19,3**	**4,1**	**0,0**

Für das Jahr 2020 sind in Tabelle 1 keine Werte enthalten, da ab dem Jahr 2020 die strengeren Vorgaben der Schuldenbremse (Art. 109 Abs. 3 GG) einzuhalten

sind. Danach sind die Haushalte grundsätzlich ohne Nettoneuverschuldung aufzustellen. Gemäß dem Haushaltsplan für das Jahr 2020 ergibt sich eine Nettoschuldentilgung in Höhe von 80 Mio. Euro. Darin nicht enthalten sind die finanziellen Auswirkungen des letzten Drittels der Konsolidierungshilfe für 2019, die im Jahr 2020 ausgezahlt werden sollen.

Grafik 1: Defizitobergrenzen des Saarlandes 2010 – 2020 nach Konjunkturbereinigung

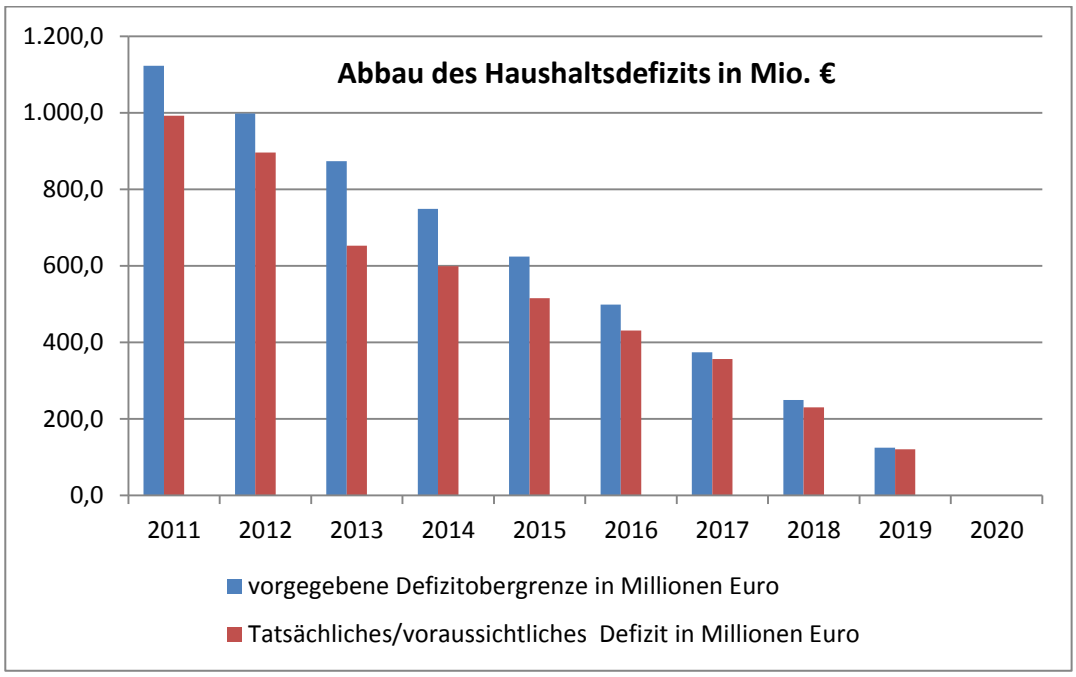


Tabelle 2: Überleitungsrechnung zur Ableitung der zulässigen Nettokreditaufnahme

Überleitungsrechnung zur Ermittlung der Obergrenze der jährlichen Nettokreditaufnahme in den Jahren 2019 und 2020		
in Mio. €	**2019**	**2020**
Obergrenze strukturelles Finanzierungsdefizit gemäß § 4 KonsoVV	**125**	--
abzgl. Entnahmen aus Rücklagen	0	--
zzgl. Zuführung an Rücklagen	48	--
abzgl. Saldo haushaltstechnische Verrechnungen	0	--
abzgl. Saldo der finanziellen Transaktionen	-55	--
abzgl. Einnahmen aus Überschüssen	0	--
zzgl. Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	0	--
abzgl. Einnahme aus der Konsolidierungshilfe	260	--
zzgl. Saldo periodengerechte Abgrenzung des LFA	--	--
abzgl. Rechnungsabgrenzung	--	--
Obergrenze konjunkturbereinigte Nettokreditaufnahme (Sanierungspfad)	**-32**	**-50**
abzgl. Konjunkturkomponente (ex post; ex ante)	48	0
Obergrenze haushaltsmäßige Nettokreditaufnahme	**-80**	**-50**
geplante Nettokreditaufnahme Kern- und Extrahaushalte	-85	-80
Sicherheitsabstand	**5**	

Die Überleitungsrechnung basiert auf dem verabschiedeten Haushaltsplan 2019/2020 vom Dezember 2018.

Die Landesregierung will die in den nächsten Jahren angestrebte und zugleich notwendige Schuldentilgung auf das Sondervermögen Zukunftsinitiative II konzentrieren, um die dort aufgelaufene Verschuldung möglichst schnell vollständig zurückzuführen. Dieses Sondervermögen ist das einzige derzeit noch bestehende

Sondervermögen des Landes mit eigener Kreditermächtigung. Hierzu sind in den Jahren 2019 bis 2021 Zuführungen an das Sondervermögen veranschlagt, 86 Mio. Euro in 2019, 81 Mio. Euro in 2020 und 80 Mio. Euro in 2021 (s. auch 4.3). Die ab dem Jahr 2022 vorgesehenen Tilgungen in Höhe von jahresdurchschnittlich mindestens 80 Mio. Euro sind im Kernhaushalt auszuweisen.

3.5 Verankerung der Schuldenbremse in saarländischem Landesrecht

Mit dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2248) wurden die Beschlüsse der Gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismuskommission II) umgesetzt. Durch das Gesetz sind für Bund und Länder neue Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme in das Grundgesetz eingefügt worden. Der geänderte Artikel 109 Grundgesetz verpflichtet die Länder, ihre Haushalte ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen, soweit nicht konkret bestimmte Ausnahmetatbestände vorliegen. Die nähere Ausgestaltung für die Haushalte der Länder regeln diese im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen. Die landesgesetzliche Regelung kann Ausnahmen zur symmetrischen Berücksichtigung konjunktureller Entwicklungen und bei Naturkatastrophen oder in außergewöhnlichen Notsituationen vorsehen.

Der Landtag des Saarlandes hat am 10.04.2019 das Gesetz Nr. 1961 zur Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse und zur Haushaltsstabilisierung beschlossen. Ab dem Jahr 2020 ist das Saarland gemäß Sanierungshilfengesetz u.a. dazu verpflichtet, eine haushaltsmäßige Nettoschuldentilgung von jahresdurchschnittlich 80 Mio. Euro zu erreichen, um die Voraussetzungen für die vollständige Auszahlung der Sanierungshilfen von 400 Mio. Euro jährlich zu schaffen. Zur Unterstützung der erforderlichen Schuldentilgung im Konjunkturverlauf und auch bei steigenden Zinsen sind im saarländischen Gesetz zur Verankerung der grundgesetzlichen Schuldenbremse im Landesrecht und zur Begleitung des Sanierungshilfengesetzes ein Sondervermögen „Konjunkturausgleichsrücklage“ sowie ein Sondervermögen „Zinsausgleichsrücklage“ eingerichtet worden. Diese Maßnahmen tragen einerseits den Anforderungen der Schuldenbremse Rechnung und dienen andererseits der Realisierung der Tilgungsvorgaben des Sanierungshilfengesetzes. Die Verwaltungsvereinbarung zum Sanierungshilfengesetz wurde am 12. Juni 2019 unterzeichnet.

Die landesrechtliche Umsetzung der Schuldenbremse und zur Begleitung des Sanierungshilfengesetzes dient der langfristigen Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landes.

3.6 Langfristprojektion

Die seitens der Landesregierung angestrebte nachhaltige Stabilisierung der Haushaltslage des Saarlandes und sukzessive Überwindung der Ursachen der niedrigen, nach Abzug von Vorbelastungen, verbleibenden Finanzkraft setzt auf einer aus heutiger Sicht zu erwartenden Entwicklung der Haushaltseckdaten auf.

Nachstehend werden die Haushaltseckwerte bis 2030 dargestellt. Daraus ergibt sich u.a. die weitere Entwicklung des Schuldenstandes unter Einhaltung der Sanierungsvorgaben:

Tabelle 3: Langfristplanung bis zum Jahr 2030

	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
bereinigte Einnahmen	**5.096**	**5.204**	**5.324**	**5.451**	**5.583**	**5.719**	**5.859**
Personalausgaben	1.890	1.948	2.009	2.071	2.135	2.201	2.270
Investitionsausgaben	480	490	500	510	520	530	541
bereinigte Ausgaben	**5.016**	**5.124**	**5.244**	**5.371**	**5.503**	**5.639**	**5.779**
Finanzierungssaldo	80	80	80	80	80	80	80
Kreditmarktschulden *	**13.312**	**13.232**	**13.152**	**13.072**	**12.992**	**12.912**	**12.832**
Zinssteuerquote	*7,5*	*7,3*	*7,1*	*6,9*	*6,8*	*6,6*	*6,4*

** Erfasst sind die Kreditmarktschulden des Kernhaushalts ohne jene der Sondervermögen „Zukunftsinitiative II" und „Saarlandpakt"*

Die vorgesehenen Tilgungsbeträge in Höhe von 80 Mio. Euro führen zu einem langsamen, aber nachhaltigen Rückgang des Schuldenstandes, dem eine kontinuierliche Erhöhung der Einnahmen des Landes gegenübersteht, so dass sich insofern die verbleibende Finanzkraft des Landes schrittweise verbessert. Deutlicher wird die Verbesserung der Haushaltslage noch an der sinkenden Zinssteuerquote.

Die Realisierung dieser Fortschritte bei der nachhaltigen Normalisierung der Haushaltslage des Saarlandes setzt voraus, dass die Ausgabenentwicklung den

zur Verfügung stehenden Rahmen der Einnahmen nach Abzug der notwendigen Schuldentilgung nicht übersteigt.

4. Eckdaten der finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Der vorliegende Finanzplan 2019 - 2023 stellt die voraussichtliche finanzwirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der einschlägigen Haushaltseckdaten dar.

4.1 Einnahmen

Die Steuereinnahmen und die Einnahmen des Landes aus Länderfinanzausgleich (bis zum Jahr 2019) und Bundesergänzungszuweisungen stellen die wichtigsten Einnahmepositionen im Landeshaushalt dar. Die entsprechenden Ansätze entsprechen für die Jahre 2019 und 2020 den Ansätzen im Doppelhaushalt und basieren für die Jahre 2021 bis 2023 auf den Ergebnissen der Regionalisierung der Steuerschätzung vom Mai 2019, in der die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs berücksichtigt sind; konkret die Zusammenfassung von Umsatzsteuerverteilung und Länderfinanzausgleich in einer Stufe und die Einführung von Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich der unterdurchschnittlichen Gemeindefinanzkraft und der Forschungsförderung. Die Finanzplanung berücksichtigt auch die bereits beschlossenen und weiterhin absehbaren weiteren Entlastungen u.a. bei der Lohn- und Einkommensteuer, die Auswirkungen des Gute-Kita-Gesetzes sowie die zugesagte Verlängerung der Bundesbeteiligung an den Kosten zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Zusätzlich sind die Auswirkungen der absehbaren demografischen Entwicklung eingerechnet. Das Saarland verliert weiterhin Einwohneranteile, wodurch die Ansprüche des Saarlandes gegenüber dem bundesstaatlichen Finanzausgleich ceteris paribus sinken.

Dem Finanzplan 2019 - 2023 liegt insgesamt folgende Entwicklung der Steuereinnahmen und der Einnahmen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich zugrunde:

Tabelle 4: Steuereinnahmen, Zuweisungen im Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Steuereinnahmen, Zuweisungen im Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen					
steuerabhängige Einnahmen	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
1. Steuereinnahmen in Mio. €					
a) Gemeinschaftssteuern	3.091,7	3.350,2	3.397,6	3.496,9	3.617,4
b) Landessteuern	225,9	230,5	251,3	253,0	254,7
c) Globale Steuermehr-/ -mindereinnahmen	-30,0	-64,0	-78,4	-111,4	-146,3
nachrichtlich: *Steuerähnliche Abgaben*	*15,6*	*15,7*	*17,6*	*17,5*	*17,6*
Summe Steuereinnahmen in Mio. €	**3.287,6**	**3.516,7**	**3.570,5**	**3.638,5**	**3.725,8**
Veränderungsrate in vH	*2,7*	*7,0*	*1,5*	*1,9*	*2,4*
2. Zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	197,6	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Bundesergänzungszuweisungen in Mio. €	159,5	313,0	314,1	323,3	325,7
Steuereinnahmen, LFA und BEZ in Mio. €	**3.644,7**	**3.829,7**	**3.884,5**	**3.961,9**	**4.051,5**
Veränderungsrate der steuerabhängigen Einnahmen (ohne steuerähnliche Abgaben) in vH	*2,1*	*5,1*	*1,4*	*2,0*	*2,3*
Kompensationsbetrag für den Wegfall der Kraftfahrzeugsteuer in Mio. €	119,3	119,3	119,3	119,3	119,3
steuerabhängige Einnahmen in Mio. €	**3.764,0**	**3.949,0**	**4.003,8**	**4.081,1**	**4.170,8**

Aus der nach der Steuerschätzung vom Mai 2019 für die Jahre ab 2021 zu erwartenden Entwicklung resultiert eine gegenüber den zurückliegenden Jahren nur verhaltene Steigerung des Aufkommens im Finanzplanungszeitraum. Für die Jahre 2021 bis 2023 ergibt sich danach ein jahresdurchschnittliches Wachstum der Steuereinnahmen im Durchschnitt um nur noch 1,9 % im Saarland. Angesichts der derzeit sich abzeichnenden weiteren konjunkturellen Abschwächung, sind weitere Rückschläge zumindest nicht auszuschließen.

4.2 Ausgaben

4.2.1 Gesamtausgaben

Der Doppelhaushalt 2019/2020 sieht Ausgaben in Höhe von 4.579 Mio. Euro für 2019 und 4.832 Mio. Euro in 2020 vor. Mit der vollen Wirksamkeit der Investiti-

onsoffensive Saar sowie des Saarlandpakts steigen die bereinigten Ausgaben im Jahr 2020 deutlich um 6,2 %. In den Folgejahren erlaubt die Entwicklung der Einnahmen ein nur noch verhaltenes Wachstum der bereinigten Gesamtausgaben.

Tabelle 5: Entwicklung der bereinigten Ausgaben

bereinigte Ausgaben	2019	2020	2021	2022	2023
bereinigte Ausgaben in Mio. €	**4.530,5**	**4.809,5**	**4.898,0**	**4.857,2**	**4.917,0**
Veränderung zum Vorjahr in Mio. €	221,3	279,0	88,5	-40,8	59,8
in vH	*+ 5,1*	*+ 6,2*	*+ 1,8*	*- 0,8*	*+ 1,2*

Hierin enthalten sind auch die voraussichtlichen Ausgaben für die Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen.

4.2.2 Personalaufwand

Bundesweit und auf einer niedrigeren Entwicklungslinie auch im Saarland ist in den Jahren 2015 bis 2017 eine demographische Entwicklung eingetreten, die sich signifikant von den Prognosen aus der koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung unterscheidet, wie sie auch dem Sanierungsprogramm 2012 - 2016 des Saarlandes zugrunde gelegen hat. Ursächlich für die Abweichungen sind vor allem gestiegene Geburtenzahlen und eine unerwartet starke Zuwanderung. Diese veränderte demographische Entwicklung hat sich zunächst in Verbindung mit einer insgesamt sehr wettbewerbsfähigen Verfassung der deutschen Volkswirtschaft positiv auf die wirtschaftliche Dynamik ausgewirkt und mittelbar auch die steuerabhängigen Einnahmen von Bund, Ländern und Kommunen positiv beeinflusst. Kehrseite dieser Entwicklung sind zum Teil erhebliche Personalmehrbedarfe in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, die zu den ebenfalls bundesweit feststellbaren erhöhten Anforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und zu weiteren bundespolitischen Vorgaben etwa im Zuge der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und anderer bundesgesetzlicher Neuerungen hinzutreten.

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, die Besoldungssituation im Saarland schrittweise zu verbessern, um bei der Akquisition von Personal im Ländervergleich wettbewerbsfähig zu bleiben. Bereits beschlossen und im vorliegenden Fi-

nanzplan berücksichtigt sind die im Spitzengespräch mit den Gewerkschaften vereinbarte gegenüber den vergangenen Jahren vorgezogene und im Jahr 2021 überdurchschnittliche Besoldungserhöhung und Versorgungsanpassung, der Wegfall der Kürzung der Eingangsbesoldung, die Anhebung der ruhegehaltsfähigen Zulage im Bereich der Hauptschullehrer/innen, die Anhebung der Beihilfe für Heilbehandlungen sowie die zukünftige Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten als Vordienstzeit im Rahmen der besoldungsrechtlichen Erfahrungsstufen.. Auch die Fortführung des im Ländervergleich hohen Personalbestands sowohl im Schulbereich als auch im Bereich der Polizei bei rückläufigen Schüler- und Einwohnerzahlen wegen einerseits bildungs- und andererseits sicherheitspolitischer Anforderungen bringt eine Erhöhung der Personalausgaben auf der Zeitachse mit sich.

Tabelle 6: Entwicklung der Personalausgaben

Personalausgaben	2019	2020	2021	2022	2023
Personalausgaben in Mio €	1.634,4	1.680,9	1.743,7	1.781,2	1.832,8
Veränderungsrate in vH	*3,2*	*2,8*	*3,7*	*2,1*	*2,9*
davon Versorgung in Mio €	551,6	574,0	597,5	613,8	631,1
Veränderungsrate in vH	*5,0*	*4,1*	*4,1*	*2,7*	*2,8*
Anteil Personalausgaben an den bereinigten Ausgaben in vH	*36,1*	*34,9*	*35,6*	*36,7*	*37,3*
Anteil Versorgungsausgaben an den Personalausgaben in vH	*33,7*	*34,1*	*34,3*	*34,5*	*34,4*

Zur Finanzierung des zunächst weiterhin starken Anstiegs der Versorgungsausgaben wird im Finanzplanungszeitraum die aufgelaufene Versorgungsrücklage planmäßig zur Stabilisierung der Versorgungslast eingesetzt. Der Rechnungshof des Saarlandes hatte in seinem Bericht zur Beamtenversorgung vom 10. September 2012 festgestellt, dass die Anzahl der Versorgungsempfänger im Saarland bis 2024 weiter ansteigen wird, wobei sich der Zuwachs allmählich abflachen werde. Ab dem Jahr 2025 sei mit sinkenden Fallzahlen zu rechnen.

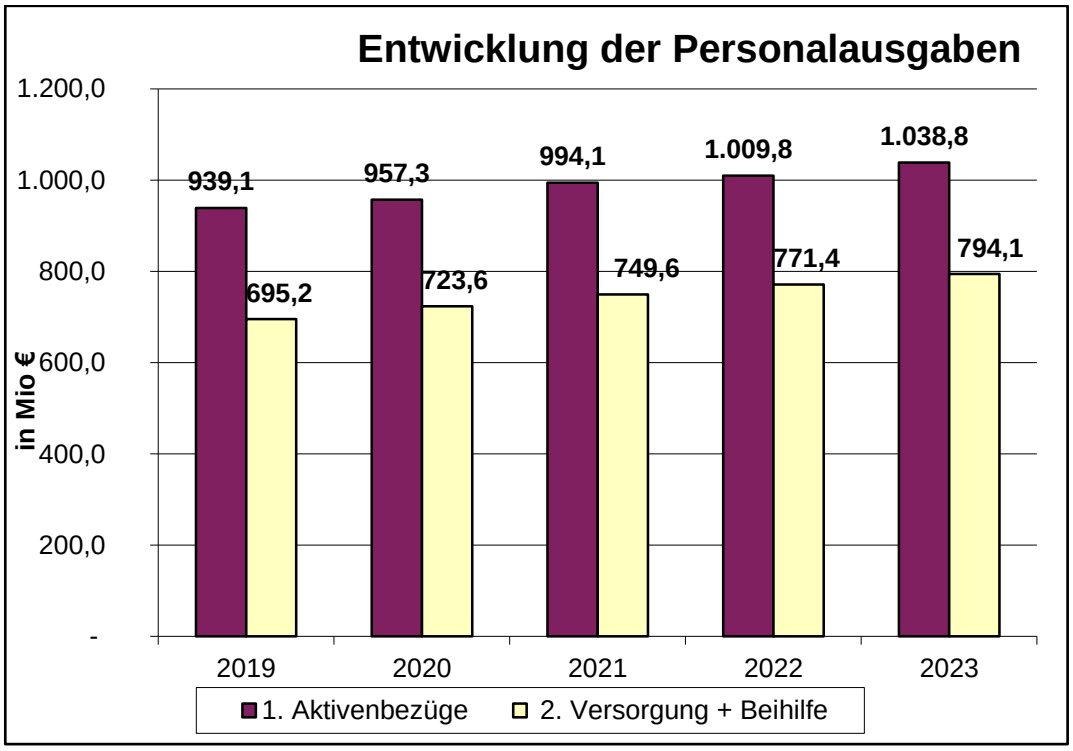
Die für den Landesbereich entwickelte Entnahmestrategie sieht vor, die bis 2017 aufgelaufene Versorgungsrücklage entsprechend den für die Jahre 2017 bis 2025 errechneten Belastungsquoten schrittweise zur Entlastung von Versorgungsaufwendungen einzusetzen. Die Höhe der aus dem Sondervermögen des Landes entnommenen Mittel wird entsprechend § 7 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über Versorgungsrücklagen im Saarland in dem jeweiligen Haushaltsgesetz geregelt.

Tabelle 7: Zuführungen aus der Versorgungsrücklage

Versorgungsrücklage	2019	2020	2021	2022	2023
Zuführungen aus der Versorgungsrücklage in Mio. €	40,3	40,7	38,5	33,2	25,5

Da die Versorgungsrücklage in absehbarer Zeit aufgebraucht sein wird, hat der Landtag mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2019/2020 die Einrichtung eines Sondervermögens unter dem Namen „Pensionsfonds Saarland“ beschlossen. Sie folgt damit dem Beispiel der Mehrzahl der Länder und des Bundes. Das Sondervermögen dient der zusätzlichen Absicherung der langfristigen Finanzierung der Versorgungsausgaben der Beamten und Richter des Landes. Die dem Sondervermögen des Landes zufließenden Mittel einschließlich der Erträge sind in Schuldscheindarlehen des Landes zu marktüblichen Bedingungen anzulegen. Die jährliche Zuführung der Mittel erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsgesetzes. Die Zuführung für das Jahr 2020 wird mit 3 Mio. veranschlagt. In den Folgejahren wird dieser Betrag sukzessive erhöht.

Grafik 2: Entwicklung von Aktivenbezügen sowie Versorgung und Beihilfe



4.2.3 Investitionsausgaben

Die Landesregierung hat für die neue Legislaturperiode eine Investitionsoffensive vereinbart und mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 im Jahr 2020 die Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Ziel der Landesregierung ist es, die öffentliche Infrastruktur durch deutlich erhöhte Investitionsausgaben zu erhalten und im notwendigen Umfang zu modernisieren und auszubauen. Hinzu treten Maßnahmen, mit denen die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes nachhaltig weiter erhöht werden soll, um die Abhängigkeit des Landes von besonderen bundesstaatlichen Ausgleichszahlungen auch insoweit zu begrenzen. Ein besonderes Augenmerk legt die Landesregierung dabei auf die Bereiche Bildung, Digitalisierung, Forschung und Entwicklung. In Kapitel 5 der Finanzplanung werden die Aufgabenschwerpunkte des Finanzplanungszeitraums beschrieben.

Die in der Tabelle 8 dargestellten Investitionsausgaben umfassen die im Kernhaushalt des Landes ausgewiesenen Maßnahmen. Zusätzlich sind Straßenbau- und Tiefbaumaßnahmen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes für Straßenbau zu berücksichtigen. Hinzu treten noch Investitionsausgaben in den Sondervermögen. Zudem wurden Mittel in der Globalen Mehrausgabe reserviert, um die Kofinanzierung der von der neuen Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen zu sichern. Soweit es sich hierbei um Investitionsausgaben handelt, werden diese ebenfalls noch zu den nachstehend aufgelisteten Ausgaben hinzutreten.

Tabelle 8: Entwicklung der Investitionsausgaben

Investitionen	2019	2020	2021	2022	2023
I. Sachinvestitionen in Mio. €					
1. Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen	25,7	32,0	34,8	32,7	32,5
2. Baumaßnahmen	55,9	67,3	75,0	77,3	77,3
II. Investitionsfördermaßnahmen in Mio. €	287,3	351,2	355,0	356,3	361,0
Insgesamt	**368,9**	**450,5**	**464,8**	**466,3**	**470,7**
Veränderung gegenüber Vorjahr					
a) absolut in Mio €	- 22,8	+ 81,6	+ 14,3	+ 1,5	+ 4,4
b) in vH	*- 5,8*	*+ 22,1*	*+ 3,2*	*+ 0,3*	*+ 1,0*
Anteil an den bereinigten Ausgaben	***8,1***	***9,4***	***9,5***	***9,6***	***9,6***

Die Entwicklung zeigt für das Jahr 2020 und die Folgejahre Investitionsausgaben, die um anfänglich rd. 81 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 2019 liegen und in der Folge kontinuierlich weiter steigen.

4.2.4 Finanzielle Beziehungen zwischen Land und Kommunen

Auch die Finanzlage der saarländischen Kommunen ist seit vielen Jahren angespannt. Dies belegt die Höhe der Kassenkredite, deren Volumen deutlich höher ist als das der fundierten Schulden.

Auch deshalb hat das Land zugesagt, die Kommunen gerecht und fair an der Entlastung des Saarlandes durch den Bund-Länder-Finanzausgleich zu beteiligen. Die Landesregierung verfolgt das Ziel, nach der Sanierung der Finanzen des Landes, auch auf kommunaler Ebene eine nachhaltige Überwindung der bestehenden Haushaltsschieflage zu ermöglichen und diesen Prozess zu begleiten. Mit dem sogenannten Saarlandpakt soll eine Teilentschuldung der Kommunen in Höhe von 1 Mrd. Euro bzw. von mehr als der Hälfte ihrer Kassenkredite bewirkt werden. Teil des Saarlandpakts sind zudem Investitionszuweisungen in Höhe von jährlich 20 Mio. Euro, die in Höhe von 5 Mio. Euro für diejenigen Kommunen reserviert sind, die nur in geringem Umfang von der Teilentschuldung profitieren. Zudem profitieren auch die saarländischen Kommunen direkt oder indirekt von der Investitionsoffensive des Landes.

Das Saarland gewährt neben den steigenden Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich Zuschüsse zu Investitionen und Erstattungen (s. Tabelle 9). Daneben profitieren die saarländischen Kommunen ganz erheblich von den Mitteln der Kommunalinvestitionsförderungsgesetze des Bundes, mit denen die kommunale Infrastruktur ertüchtigt werden soll.

Tabelle 9: Zahlungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände

Zahlungen an Kommunen	2019*	2020	2021	2022	2023
1. Kommunaler Finanzausgleich	683,1	698,6	699,6	720,5	747,8
Veränderungsrate in vH	*9,2*	*2,3*	*0,1*	*3,0*	*3,8*
2. sonst. Zuweisungen für Investitionen	56,7	90,0	88,6	90,8	94,2
3. Erstattungen	202,2	205,1	206,2	206,2	208,5
Zahlungen des Landes an Kommunen in Mio. €	**941,9**	**993,7**	**994,4**	**1.017,5**	**1.050,4**
Veränderungsrate in vH	*9,8*	*5,5*	*0,1*	*2,3*	*3,2*
Kommunalquote in vH	*21,9*	*21,9*	*20,7*	*20,8*	*21,6*

**Zuwachsrate mit Vorjahr aufgrund struktureller Änderungen nicht aussagekräftig.*
Abweichungen in den Summen ergeben sich aus der Rundung von Zahlen

Insbesondere die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich wachsen in Folge der prognostizierten Steigerung der Steuereinnahmen an.

4.3 Entwicklung der Haushaltskennziffern

Die einschlägigen Haushaltskennziffern belegen, dass sich das Saarland trotz erheblicher Konsolidierungsfortschritte und des Einstiegs in die Schuldentilgung nach wie vor in einer schwierigen Haushaltslage befindet. Infolgedessen verharren die Werte für die Zins-Ausgabenquote weiter auf einem im Ländervergleich hohen Niveau und die Zins-Steuer-Quote sinkt im Finanzplanungszeitraum nur langsam.

Für die kommenden Jahre ist mit einem weiteren Rückgang der Zinsausgaben des Landes zu rechnen. Bei einem wieder ansteigenden Zinsniveau sind in der Folgezeit steigende Zinsausgaben trotz fortschreitender Schuldentilgung zu erwarten. Mit der Zinsausgleichsrücklage wird ein weiterer Beitrag zur Verstetigung der Entwicklung des Landeshaushalts geleistet.
Ab dem Haushaltsjahr 2020 sollen dem Sondervermögen Zinsausgleichsrücklage planmäßig Mittel zugeführt werden.

Eine Anpassung der jährlichen Zuführungen soll in Abhängigkeit der Entwicklung der zukünftigen Zinsausgaben möglich sein.

Tabelle 10: Entwicklung der Nettokreditaufnahme, der Zinsausgaben, der Zins-Ausgabenquote sowie der Zins-Steuerquote

Nettokreditaufnahme, Zinsen	2019	2020	2021	2022	2023
1. Nettokreditaufnahme in Mio. €	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Zinsausgaben in Mio. €	346,4	354,9	332,9	330,0	321,4
3. *Zins-/Ausgabenquote* in vH*	*+ 7,6*	*+ 7,4*	*+ 6,8*	*+ 6,8*	*+ 6,5*
4. *Zins-/Steuerquote** in vH*	***9,2***	***9,0***	***8,3***	***8,1***	***7,7***

* Zinsausgaben in Relation zu den bereinigten Ausgaben (Abgrenzung Finanzplanungsrat)
** Zinsausgaben in Relation zur Summe aus Steuereinnahmen (ohne steuerähnliche Abgaben), Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Bereits ab dem Jahr 2019 verpflichtet der Defizitabbaupfad gemäß Konsolidierungshilfengesetz das Land zur Tilgung von Schulden. Ab 2020 gilt für das Saarland wie für alle Länder in der Bundesrepublik die Schuldenbremse. In Zukunft darf es nur in besonders definierten Ausnahmefällen noch eine Nettokreditaufnahme geben. Für die beiden Länder, die ab 2020 Sanierungshilfen erhalten (Bremen und Saarland), gibt es Tilgungsverpflichtungen (s. ausführlich Kapitel 3.4). Die Fortsetzung des strikten Konsolidierungskurses, die Konsolidierungshilfen und die Erholung der Steuereinnahmen haben die deutliche Absenkung der Nettokreditaufnahme bis nahe null im Jahr 2018 ermöglicht. Für das Jahr 2019 sieht die Finanzplanung eine Nettoschuldentilgung von 84,5 Mio. Euro im Sondervermögen „Zukunftsinitiative II vor.

5. Aufgabenschwerpunkte

Vorbemerkung

Die Landesregierung hat durch eine konsequente Konsolidierungspolitik im Sanierungszeitraum und ihre Verhandlungserfolge bei der Neuregelung der Bund-Länder-

Finanzbeziehungen ab 2020 wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltig positive Entwicklung des Saarlandes geschaffen.

Das Saarland ist aufgefordert, auf der Zeitachse die Ursachen für die schwierige Haushaltslage schrittweise zu überwinden, indem es die Wirtschafts- und Finanzkraft stärkt, Schulden abbaut und durch eine bedarfsgerechte Steuerung der Zahl der Beamtinnen und Beamten zukünftige Versorgungsausgaben des Landes begrenzt. Die Überwindung der Ursachen kann nur in einem längerfristigen Zeitraum gelingen.

Kurz- und mittelfristig gilt es, die Voraussetzungen für die vollständige Auszahlung der Sanierungshilfen in Höhe von 400 Mio. Euro jährlich zu schaffen. Die vollständige Auszahlung der Sanierungshilfen ist durch Bundesgesetz an die Bedingung geknüpft, dass einerseits die Vorgaben des Artikels 109 Absatz 3 GG eingehalten werden und das Land darüber hinaus den in § 2 Abs. 2 SanG spezifizierten Tilgungsverpflichtungen nachkommt. Ab dem Jahr 2020 ist demnach im Zwei-Jahres-Zeitraum eine haushaltsmäßige Tilgung in Höhe von mindestens 50 Mio. Euro (ein Achtel der gewährten Sanierungshilfen) zu leisten. Im Fünf-Jahres-Zeitraum beträgt die notwendige haushaltsmäßige Tilgung 80 Mio. Euro (ein Fünftel der gewährten Sanierungshilfen). Soweit das Saarland diese Vorgaben verfehlt, sieht das Sanierungshilfengesetz einen Teil-Einbehalt der Hilfen und höhere Tilgungsverpflichtungen für die Folgejahre vor. Eine etwaige Negativabweichung von den Vorgaben würde damit zu permanent steigenden Konsolidierungsverpflichtungen in der Zukunft führen. Dies gilt es zu vermeiden.

Mit Blick auf die Verpflichtung des Landes, die Wirtschafts- und Finanzkraft zu stärken und die Attraktivität des Landes zu bewahren, hat die Landesregierung auch im Vorgriff auf das ab dem Jahr 2020 geltende SanG mit der Investitionsoffensive Saar, dem Saarlandpakt sowie zahlreichen Maßnahmen zur weiteren Attraktivitätssteigerung des Saarlandes (z.B. Elternbeitragsentlastung, Stärkung der Hochschulhaushalte, Kollegium der Zukunft, Meisterbonus sowie ASaar usw.)[1] haushaltswirksame Festlegungen für den Finanzplanungszeitraum getroffen. Daneben haben die Landesregierung und der Gesetzgeber mit Gesetz zur Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse und zur Haushaltsstabilisierung gewisse Vorkehrungen getroffen, um zukünftige Haushaltsbelastungen zumindest vorübergehend ausgleichen zu können.

[1] Details zur Investitionsoffensive Saar finden sich im Haushaltsplan 2019/2020, dort auf Seite 43f. im Einzelplan 21

Mit diesen Entscheidungen hat die Landesregierung den aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gewonnenen zusätzlichen finanziellen Handlungsspielraum zielgerichtet genutzt und nach den im Herbst 2018 absehbaren Rahmenbedingungen vollständig ausgeschöpft.

Ausgehend von den durch die Landesregierung bereits getroffenen Festlegungen – insbesondere die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft sowie zur Stärkung der Attraktivität des Landes, Saarlandpakt, Haushaltsstabilisierungsgesetz, Revision bereits getroffener Konsolidierungsmaßnahmen insbesondere im Bereich der Personalausgaben – sind unter Berücksichtigung der nach der Steuerschätzung vom Mai 2019 notwendigen signifikanten Korrektur der Einnahmeerwartungen des Landes nach unten im Finanzplanungszeitraum ab dem Jahr 2021 im Zeitverlauf steigende globale Minderausgaben in Höhe von 56 Mio. Euro in 2021, 89 Mio. Euro in 2022 und 135 Mio. Euro in 2023 auszubringen. Deren Auflösung ist im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2021ff vorgesehen.

Besondere Maßnahmen und zentrale Aufgabenschwerpunkte

Die „Investitionsoffensive Saar“ eröffnet das Jahrzehnt der Investitionen für Land und Kommunen. Die „Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Landes“ stellen eine sinnvolle und notwendige Ergänzung der Investitionsoffensive dar. Schwerpunkte werden in beiden Teilbereichen die Schulen, die frühkindliche Bildung, Entlastung der Eltern bei den Betreuungskosten, die Hochschulen (UdS, htw saar, HfM und HBK), die Verkehrsinfrastruktur, die Digitalisierung, die Instandsetzung der Landesimmobilien sowie die kommunale Infrastruktur mit Kinderbetreuungseinrichtungen sein. Auch der Bau und die Instandhaltung von Förderschulen in Landesträgerschaft sowie die angestrebte Campus-Lösung der Staatlichen Studienseminare sind Bestandteile der Investitionsoffensive.

Für die „Investitionsoffensive Saar“ ist eine ausreichende Personalisierung in den Bau- und Genehmigungsbehörden notwendig. Nur so können der bestehende Investitionsstau beim Infrastrukturvermögen sukzessive abgebaut und die oben genannten Ziele erreicht werden.

Zusätzlich zu diesem landesfinanzierten Maßnahmenpaket berücksichtigt die Finanzplanung Maßnahmen und Programme aus dem Koalitionsvertrag des Bundes. Hierzu zählen der Aufbau eines zweiten Exzellenzbereichs an der Universität des Saarlandes: BioNanoMed, das Nachfolgeprogramm des Hochschulpakts 2020, die Verstärkungen im Bereich der Justiz zur Verbesserung der Inneren Sicherheit, die Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers für Langzeitarbeitslose im Saarland, der Krankenhausstrukturfonds und im Bildungsbereich

der Digitalpakt Schule, der Ausbau der ganztägigen Bildung und Betreuung sowie der weitere Ausbau der Kindertagesstätten und die Verbesserung der Rahmenbedingungen in diesem Bereich.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Hochschulen zu erhalten, werden ab 2020 die Globalhaushalte der UdS und der htw saar bzw. die Haushalte der künstlerischen Hochschulen (HfM und HBK) deutlich angehoben und anschließend weiter anwachsen, auch als Ausgleich für entgangene Verwaltungskostenbeiträge sowie zur Unterstützung einer verstärkten Drittmittelwerbung und Anwerbung von wissenschaftlichem Nachwuchs. Universität und htw saar erhalten mit den neu abgeschlossenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen ab 2020 deutlich mehr Mittel. Darüber hinaus wird das Land ab 2021 die Kosten der Hochschulen für die Tarifsteigerungen in voller Höhe übernehmen. Hinzu kommen weitere Landes-und Bundesmittel aus den kürzlich vereinbarten Wissenschaftspakten – der Nachfolge des Hochschulpakts und des Qualitätspakts Lehre sowie der vierten Fortschreibung des Pakts für Forschung und Innovation. Damit kann das Saarland die dynamische Weiterentwicklung seiner Hochschulen unterstützen und die Schwerpunktprofile weiter schärfen.

Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes sind die Einführung eines Meisterbonus, die Förderung der Weiterbildung, Mittel für eine bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, Zuschüsse zur Digitalisierung der Wirtschaft und die Stärkung des ÖPNV.

Dazu kommen deutlich mehr Mittel für den Tourismus und ein Millionenprogramm zur Erschließung neuer Industrie- und Gewerbeflächen sowie eines Innovations- und Technologiezentrums im Umfeld des Helmholtz-Zentrums für Informationssicherheit - CISPA sowie des DFKI mit den Schwerpunkten Cybersicherheit und Künstliche Intelligenz. Die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens Saarbrücken wird durch eine notwendige Modernisierung der Flughafeninfrastruktur gesteigert, die Mittel für Straßenbau und den Alltags-Radwegeverkehr werden erheblich aufgestockt und das Klimaschutzprogramm ZEP-Kommunal fortgeführt.

Als Bekenntnis zur inneren Sicherheit werden in den Jahren 2020 bis 2022 insgesamt 100 Polizeianwärterinnen und –anwärter mehr eingestellt, als notwendig wären, um die voraussichtlichen Abgänge in den Jahren 2023 bis 2025 zu kompensieren. Eine weitere Maßnahme zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes ist die Unterbringung etlicher Dienststellen der Polizei in neu errichteten Liegenschaften.

Für eine positive Entwicklung von großer Bedeutung sind auch die finanzielle Förderung der Frankreichstrategie, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, die Digitalisierung im Gesundheitswesen, die Förderung der Jugendverbandsarbeit und familienpolitische Maßnahmen sowie die Finanzierung notwendiger Bauvorhaben und Projekte im Bereich der Eingliederungshilfe durch das Landesamt für Soziales.

Im Bereich der Steuerverwaltung wird durch die personalintensive Umsetzung der Reform der Grundsteuer diese wichtige Einnahmebasis der Kommunen gesichert. Die Einführung eines bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuchs (dabag), die ein einheitliches Verfahren mit einer strukturierten Datenhaltung gewährleisten soll, stellt eine ganz wesentliche Einrichtung der öffentlichen Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft dar.

Zur weiteren Verbesserung der Bildungschancen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden die Elternbeiträge für Kindertagesstätten stufenweise reduziert, der freiwillige und der gebundene Ganztag in den Schulen bedarfsgerecht weiter ausgebaut und an die Bedürfnisse der Kinder und Familien angepasst, die Lehrerwochenstunden an den Freiwilligen Ganztagsschulen z. T. budgetiert und die Mittel entsprechend aufgestockt.

Mit dem Projekt „Schulen stark machen“ wird ein Konzept zum Aufbau und Einsatz multiprofessioneller Teams erstellt und mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet. Die Schulen in sozialen Brennpunkten erhalten zusätzliche Unterstützung. Sprachförderung und sonderpädagogische Angebote werden bedarfsgerecht weiterentwickelt und ausgebaut.

Darüber hinaus gibt es perspektivisch Bedarf für die Errichtung einer internationalen Schule. Hierfür sind die entsprechenden infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen.

Über die bereits beschlossenen und mit reinen Landesmitteln finanzierten Entlastungsschritte hinaus ermöglichen die Bundesmittel im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes im Saarland bis 2022 eine Halbierung der Elternbeiträge und zusätzliche Qualitätsverbesserungen in den Kitas. Im aktuellen Finanzplan wird unterstellt, dass sich der Bund dauerhaft an der Finanzierung beteiligt, um sowohl die Beitragsentlastung als auch die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung über 2022 hinaus finanzieren zu können.

Die Bundesmittel des Digitalpakts Schule ermöglichen eine bessere Ausstattung der saarländischen Schulen mit digitaler Technik. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass nach den Erstinvestitionen zukünftig Folgekosten entstehen werden, die von den Schulträgern als

Sachkostenträger erbracht werden müssen. Für die Förderschulen in Landesträgerschaft sind entsprechende Anpassungen im Landeshaushalt vorzunehmen.

Kultur ist ein wichtiger Bestandteil der Lebensqualität einer Region und damit ein zentraler Standortfaktor. Wichtige kulturelle Einrichtungen und Initiativen (Stiftung Saarländischer Kulturbesitz, Historisches Museum, Besucherbergwerke, Schulmuseum, Künstlerhaus, KuBa, Stipendien) werden gestärkt, teilweise erstmals im Landeshaushalt abgesichert (Soziokultur, kulturelle Bildung, Freie Szene, Forschungszentrum für Künstlernachlässe). Die Sparmaßnahmen beim Staatstheater und den künstlerischen Hochschulen (HfM und HBK) laufen wie bereits dargestellt aus bzw. sind bereits ausgelaufen. Die Mittel für die Industriekultur werden aufgestockt.

Im Rahmen des Saarländischen Entwicklungsplans für den ländlichen Raum setzt das Saarland unter Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner individuelle inhaltliche Schwerpunkte in Bezug auf eine Anreizförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und allgemeine ländliche Entwicklung. Die EU-Mittel sowie die komplementären Landesmittel werden für die neue Förderperiode ab dem Jahr 2021 erstmals in der Finanzplanung ausgewiesen.

Die spürbaren klimatischen Änderungen in den letzten Jahren und insbesondere die Trockenheit in den letzten beiden Jahren machen unseren Wäldern schwer zu schaffen. Nicht nur die anhaltende Borkenkäferkalamität führt zu zurückgehenden Erlösen des Saarforst-Landesbetriebes aus dem Holzverkauf, auch die steigenden Aufwände für die Begrenzung und Beseitigung dieser Schäden und die notwendigen klimaangepassten zukünftigen Wirtschaftsweisen im Wald tragen zu verminderten Erlösen im Saarforst-Landesbetrieb bei.

Die ökologischen Leistungen des Waldes sowie die Anpassung der den Wald stabilisierenden Wirtschaftsweisen durch eine verminderte Holznutzung im Bereich stärkerer Laubbäume, die der Erhaltung und Entwicklung eines leistungsstarken Waldes im Sinne der Nachhaltigkeit (ökologisch, ökonomisch, gesellschaftlich) auch unter den Bedingungen einer nicht vermeidbaren Klimaveränderung dienen, sollen zukünftig monetär anerkannt werden und machen eine Erhöhung des Zuführungsbetrags, verknüpft mit der Anerkennung dieser Leistungen, für den Landesbetrieb erforderlich.

Insbesondere will die Landesregierung Investitionen in der Landwirtschaft, den ökologischen/biologischen Landbau, Agrarumweltmaßnahmen, Dorferneuerungsmaßnahmen, forstliche Maßnahmen und Naturschutzmaßnahmen (z.B. in NATURA 2000-Gebieten) unterstützen. Die Förderung von ländlichen Regionen über regionale Entwicklungskonzepte (LEADER) ist dabei ein besonderer Aufgabenschwerpunkt. Darüber hinaus ist im Bereich der

landwirtschaftlichen Förderung für aus naturbedingten Gründen benachteiligte Gebiete die Zahlung einer Ausgleichszulage vorgesehen.

Das EU-Schulprogramm stößt im Saarland auf große Resonanz. Der Wegfall von EU- Mitteln wird durch Landesmittel kompensiert, um das Programm fortführen zu können. Dabei will die Landesregierung verstärkt regional produziertes Obst einbeziehen.

Ein weiteres Schwerpunktthema ist die weitere Umsetzung der beiden wasserbezogenen europäischen Richtlinien, der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie. Der gute Zustand in allen Gewässern sowie in den von ihnen abhängigen Lebensräumen soll erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Zum anderen geht es um Verbesserungen im Bereich des Hochwasserschutzes.

Verbraucherschutz dient den Bürgerinnen und Bürgern des Landes. Ernährungsprojekte und Projekte des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes sind wichtige Bausteine zur Stärkung der Verbraucherkompetenz. Die Erhöhung der Bundesmittel soll durch ergänzende Landesfinanzierung ermöglicht werden.

Die verstärkte Beteiligung des Landes an der Finanzierung des Neubaus Innere Medizin des Universitätsklinikums Homburg und die Realisierung eines Erweiterungsbaus für das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland am Standort der Universität des Saarlandes stellen ebenfalls positive Impulse zur Weiterentwicklung des Landes dar.

Im Finanzplanungszeitraum werden die Landesmittel zur Kofinanzierung der Städtebauförderung aufgestockt. Gleiches gilt für die Krankenhausförderung (bauliche Maßnahmen der Träger) und die Maßnahmen für Industriekultur.

Von erheblicher regionalwirtschaftlicher Bedeutung ist auch die Neugestaltung des Kongress- und Messewesens gemeinsam mit der Landeshauptstadt.

Das Saarland hat im Rahmen der 2019 auf den Weg gebrachten Digitalisierungsstrategie seinen Anspruch bekräftigt, Vorreiter der KI- und Cybersicherheits-gestützten Digitalisierung zu werden und verfolgt diesen Ansatz konsequent. Die daraus resultierende Schwerpunktsetzung ist eine besonders wichtige Säule für einen erfolgreichen Strukturwandel im Land.

Ziel ist es, dass das Land im Jahre 2030 gleichwertige Lebensverhältnisse aus eigener Kraft bieten kann.

Zur erfolgreichen Umsetzung dieser Schwerpunktsetzung des Hightech-Landes Saarland sind strategische Investitionen in die Zukunftsfähigkeit erforderlich. Die Digitalisierungsstra-

tegie und die dort aufgeführten zusätzlichen Maßnahmen der Breiten- und Spitzendigitalisierung erfordern zusätzliche Anstrengungen in den kommenden Jahren.

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist Grundvoraussetzung, um Potentiale bei digitalen Behördengängen, in der Telemedizin und bei (Unternehmens-)Ansiedlungen zu heben. Die heute nahezu flächendeckende Versorgung mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s ist daher mittelfristig – auch unter Einsatz von Landesmitteln – auf Gigabitgeschwindigkeiten auszubauen. Mit der Digitalisierungsstrategie werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Schon in wenigen Jahren will das Land zum Hotspot für junge Gründerinnen und Gründer gerade im IT-Bereich werden. Forscherinnen und Forscher, Wissenschaftlerinnern und Wissenschaftler, Unternehmerinnen und Unternehmen aus aller Welt sollen hier tätig sein. Im Bereich IT sind zusätzliche Mittel vorgesehen für die weitere Professionalisierung und Systematisierung der IT (damit einhergehen u.a. Mehrausgaben für Lizenzkosten, die Anschaffung von Software und die Nutzung des neuen Rechenzentrums der Universität), Maßnahmen der Breiten- und Spitzendigitalisierung aus den verschiedenen Bereichen der Digitalisierungsstrategie sowie für die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG).

Im Rahmen der Investitionsoffensive Saar sind erhebliche Mittel zur Finanzierung der Weiterentwicklung des Center for IT-Security, Privacy and Accountability (CISPA) zum Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit – CISPA vorgesehen. Dies beinhaltet eine umfangreiche räumliche Erweiterung in Universitätsnähe sowie die dauerhafte institutionelle Förderung, die zu 90 % durch den Bund und zu 10 % durch das Saarland getragen wird. In diesem Zusammenhang zu nennen sind auch der Neubau eines gemeinsamen Rechenzentrums für die Universität des Saarlandes, das Land und die Kommunen.

A N H A N G

Anhang 1

Eckdaten im Finanzplan					
Veränderungsraten	**Plan**		**Finanzplan**		
in vH zu Vorjahr	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Bruttoinlandsprodukt - real - (in konstanten Preisen), Bundesgebiet	*+ 0,5*	*+ 1,5*	*+ 1,2*	*+ 1,2*	*+ 1,2*
Preisrate des Inlandsproduktes, Bundesgebiet	*+ 2,3*	*+ 2,0*	*+ 1,8*	*+ 1,8*	*+ 1,8*
Bruttoinlandsprodukt - nominal, Bundesgebiet	*+ 2,8*	*+ 3,5*	*+ 3,0*	*+ 3,0*	*+ 3,0*
bereinigte Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)	*+ 5,1*	*+ 6,2*	*+ 1,8*	*- 0,8*	*+ 1,2*
Primärausgaben (bereinigte Ausgaben ohne Zinsausgaben)	*+ 6,0*	*+ 6,5*	*+ 2,5*	*- 0,8*	*+ 1,5*
Personalausgaben	*+ 3,2*	*+ 2,8*	*+ 3,7*	*+ 2,1*	*+ 2,9*
Zinsausgaben	*- 4,1*	*+ 2,5*	*- 6,2*	*- 0,9*	*- 2,6*
Übrige laufende Ausgaben	*+ 13,0*	*+ 3,9*	*+ 0,5*	*+ 0,1*	*+ 0,5*
Investitionen	*- 5,8*	*+ 22,1*	*+ 3,2*	*+ 0,3*	*+ 1,0*
Steuereinnahmen (ohne steuerähnliche Einnahmen) zuzüglich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen (ohne Konsolidierungshilfen)	*+ 2,1*	*+ 5,1*	*+ 1,4*	*+ 2,0*	*+ 2,3*
Zins/Steuer-Verhältnis	**Plan**	**Reg.Entwurf**		**Finanzplan**	
in vH	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Kapitalmarktzinsen im Verhältnis zu den Steuereinnahmen (ohne steuerähnliche Abgaben) einschl. Zuweisungen im Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen	*9,5*	*9,3*	*8,6*	*8,3*	*7,9*

Kreditaufnahmen, Schuldenstand und Schuldendienst am Kapitalmarkt

- in Mio € -

(bis einschl. 2018 Ist-Zahlen - Kernhaushalt)

Rechnungs-jahr	Nettokreditaufnahme/ Nettotilgung (-)		Schuldenstand am Kapitalmarkt * [nur Kernhaushalt] jeweils am 31.12.		Zinsen- und Kredit-beschaffungskosten für Kapitalmarktmittel	
	Kredit-aufnahme/ tilgung (-) - netto -	*Verhältnis zu den Ge-samtausgaben in vH*	absolut *	je Einwohner - in € -	absolut	*Verhältnis zu den Ge-samtausgaben in vH*
2000	-54,6	-	6.130,0	5721	401,5	*12,0*
2001	47,8	*1,5*	6.150,8	5761	379,4	*11,5*
2002	309,4	*9,3*	6.537,2	6138	370,2	*11,2*
2003	422,4	*12,7*	6.959,6	6.535	368,3	*11,1*
2004	407,9	*12,4*	7.370,8	6.961	366,7	*11,2*
2005	772,9	*23,3*	8.102,0	7.705	382,3	*11,5*
2006	692,2	*20,8*	8.735,6	8.358	398,7	*12,0*
2007	377,3	*11,3*	9.142,8	8.791	414,5	*12,4*
2008	501,7	*14,9*	9.494,2	9.184	431,6	*12,8*
2009	923,4	*26,2*	10.567,3	10.304	443,2	*12,6*
2010	958,7	*24,5*	11.288,7	11.069	496,4	*12,7*
2011	403,1	*10,8*	11.534,9	11.368	467,5	*12,5*
2012	692,6	*17,5*	13.026,0	12.884	504,5	*12,7*
2013	489,9	*12,5*	13.739,1	13.853	479,4	*12,2*
2014	379,6	*9,7*	13.969,3	14.100	470,4	*12,0*
2015	242,2	*6,1*	14.108,7	14.171	426,3	*10,7*
2016	150,0	*3,6*	14.207,6	14.270	392,2	*9,5*
2017	10,1	*0,2*	14.001,8	14.033	377,3	*8,8*
2018	-72,7	*-1,7*	13.552,3	13.700	361,3	*8,4*
2019 **	0,0	*0,0*	13.552,3	13.700	346,4	*7,6*
2020 ***	0,0	*0,0*	13.552,3	13.700	354,9	*7,3*
2021 ***	0,0	*0,0*	13.552,3	13.700	332,9	*6,8*
2022 **	-80,0	*-1,6*	13.472,3	13.619	330,0	*6,7*
2023 **	-80,0	*-1,6*	13.392,3	13.538	321,4	*6,4*

* Erfasst sind Schuldenstände, Tilgungen und Zinsausgaben des Kernhaushaltes ohne die Sondervermögen "Zukunftsinitiative II" und "Saarlandpakt"

** Die Schulden des Sondervermögens "Zukunftsinitiative II" werden in den Jahren 2019 - 2021 getilgt. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Tilgung innerhalb des Sondervermögens "Saarlandpakt".

*** Die gemäß § 2 Abs. 2 SanG erforderliche Schuldentilgung erfolgt in den Jahren 2020 und 2021 im Sondervermögen "Zukunftsinitiative II"

Anhang 3
Seite 1

Einnahmen nach Arten

in vH zu Vorjahr	Plan 2019	Plan 2020	Finanzplanung 2021	Finanzplanung 2022	Finanzplanung 2023
A. Laufende Einnahmen					
1. Steuereinnahmen und steuerähnliche Abgaben	3.303,2	3.532,3	3.588,1	3.656,1	3.743,4
	+ 2,6	*+ 6,9*	*+ 1,6*	*+ 1,9*	*+ 2,4*
2. Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich	197,6	0,0	0,0	0,0	0,0
	- 7,2	*- 100,0*			
3. Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	159,5	313,0	314,1	323,3	325,7
	+ 2,5	*+ 96,3*	*+ 0,3*	*+ 2,9*	*+ 0,7*
Konsolidierungs-/Sanierungshilfe	260,0	400,0	400,0	400,0	400,0
Summe 1. - 3.	**3.920,3**	**4.245,3**	**4.302,1**	**4.379,4**	**4.469,1**
	+ 1,9	*+ 8,3*	*+ 1,3*	*+ 1,8*	*+ 2,0*
4. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	98,4	98,1	98,3	98,3	98,7
	- 9,6	*- 0,2*	*+ 0,1*	*+ 0,0*	*+ 0,4*
5. Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (ohne 2. & 3.)	474,4	419,1	421,9	407,6	376,3
	+ 28,1	*- 11,7*	*+ 0,7*	*- 3,4*	*- 10,8*
6. Besondere Finanzierungseinnahmen	0,6	0,6	2,9	0,6	0,6
laufende Einnahmen insgesamt	**4.493,7**	**4.763,3**	**4.825,2**	**4.885,9**	**4.944,7**
B. Einnahmen zur Finanzierung von Investitionen					
1. Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	85,4	68,4	73,5	52,0	52,9
	+ 53,8	*- 19,8*	*+ 7,4*	*- 29,2*	*- 28,0*
2. Einnahmen aus Schuldenaufnahme beim Bund	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einnahmen zur Finanzierung von Investitionen insgesamt (ohne Kreditaufnahme am Kapitalmarkt)	85,4	68,4	73,5	52,0	52,9
	+ 53,8	*- 19,8*	*+ 7,4*	*- 29,2*	*- 28,0*
C. Gesamteinnahmen (ohne Kreditaufnahme am Kapitalmarkt)	**4.579,1**	**4.831,7**	**4.898,7**	**4.937,9**	**4.997,7**
	+ 4,5	*+ 5,5*	*+ 1,4*	*+ 0,8*	*+ 2,0*

Ausgaben nach Arten

in vH zu Vorjahr	Plan 2019	Plan 2020	Finanzplan 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
A. Laufende Ausgaben					
1. Personalausgaben	1.634,4	1.680,9	1.743,7	1.781,2	1.832,8
	+ 3,2	*+ 2,8*	*+ 3,7*	*+ 2,1*	*+ 2,9*
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	164,9	170,1	176,0	175,8	176,3
	- 6,1	*+ 3,1*	*+ 3,5*	*- 0,1*	*+ 0,3*
3. Ausgaben für Schuldendienst	346,4	384,9	362,9	360,0	351,4
	- 4,6	*+ 11,1*	*- 5,7*	*- 0,8*	*- 2,4*
4. Kommunaler Finanzausgleich ohne Zuweisungen für Investitionen	652,6	668,1	668,3	688,1	713,2
	+ 9,1	*+ 2,4*	*+ 0,0*	*+ 3,0*	*+ 3,7*
5. Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (ohne 4.)	1.282,4	1.355,5	1.449,6	1.385,4	1.420,0
	+ 7,1	*+ 5,7*	*+ 6,9*	*- 4,4*	*+ 2,5*
6. Besondere Finanzierungsausgaben	129,4	121,8	33,3	1,1	-46,8
laufende Ausgaben insgesamt	**4.210,1**	**4.381,2**	**4.433,8**	**4.391,6**	**4.447,0**
B. Investitionsausgaben					
1. Bauausgaben	55,9	67,3	75,0	77,3	77,3
	+ 78,3	*+ 20,3*	*+ 11,4*	*+ 3,1*	*+ 0,0*
2. Sonstige Sachinvestitionen	25,7	32,0	34,8	32,7	32,5
	+ 40,5	*+ 24,8*	*+ 8,8*	*- 6,2*	*- 0,6*
3. Darlehen	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
4. Erwerb von Beteiligungen und Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	59,0	54,0	54,2	54,2	50,8
	- 7,6	*- 8,4*	*+ 0,4*	*+ 0,1*	*- 6,3*
5. Zuweisungen an den Investitionsstock	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen (einschl. Investitionszuweisungen im KfA)	228,2	297,1	300,7	301,9	309,9
	- 15,8	*+ 30,2*	*+ 1,2*	*+ 0,4*	*+ 2,7*
C. Investitionen insgesamt	**368,9**	**450,5**	**464,8**	**466,3**	**470,7**
	- 5,8	*+ 22,1*	*+ 3,2*	*+ 0,3*	*+ 1,0*
D. Gesamtausgaben	**4.579,1**	**4.831,7**	**4.898,7**	**4.937,9**	**4.997,7**
	+ 6,2	*+ 5,5*	*+ 1,4*	*+ 0,8*	*+ 1,2*

Anhang 4

Finanzierungsübersicht					
	Plan		Finanzplanung		
	2019 Mio €	2020 Mio €	2021 Mio €	2022 Mio €	2023 Mio €
I. Ermittlung des Finanzierungssaldos					
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen)	4.579,1	4.831,7	4.896,4	4.937,9	4.997,7
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von kassenmäßigen Vorjahresfehlbeträgen)	4.530,8	4.809,8	4.898,2	4.857,4	4.917,2
3. Finanzierungssaldo	**48,3**	**22,0**	**-1,7**	**80,5**	**80,5**
II. Verwendung des Finanzierungssaldos					
1. Nettoneuverschuldung/Tilgung am Kreditmarkt					
1.1 Kreditaufnahme am Kreditmarkt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.2 Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	0,0	0,0	0,0	80,0	80,0
1.3 Saldo (Nettokreditaufnahme)	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**-80,0**	**-80,0**
2. Rücklagenbewegung					
2.1 Entnahmen aus Rücklagen	0,0	0,0	2,2	0,0	0,0
2.2 Zuführungen an Rücklagen	48,3	22,0	0,5	0,5	0,5
2.3 Saldo Rücklagenbewegung	**-48,3**	**-22,0**	**1,7**	**-0,5**	**-0,5**
3. Saldo der Verwendung	**-48,3**	**-22,0**	**1,7**	**-80,5**	**-80,5**

Finanzplanung nach Ressorts

Nr.	Ressort	Plan		Finanzplan		
		2019	2020	2021	2022	2023
		in Mio. €				
01	Landtag	22,2	22,6	22,9	23,2	23,8
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	335,2	371,6	379,6	387,9	400,3
03	Ministerium für Inneres, Bauen und Sport	319,7	338,9	350,5	355,9	365,0
04	Ministerium für Finanzen und Europa	114,4	117,2	122,9	123,4	126,8
05	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	422,4	437,8	451,7	466,1	479,8
06	Ministerium für Bildung und Kultur	1.058,7	1.109,1	1.172,9	1.207,3	1.245,4
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr	348,5	388,0	386,3	380,9	386,6
09	Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	80,5	80,6	83,7	85,8	86,9
10	Ministerium der Justiz	207,8	210,7	217,6	220,4	225,2
16	Datenverarbeitung und Digitalisierung	46,5	58,0	64,8	63,1	64,5
17	Zentrale Dienstleistungen	37,5	40,0	41,1	42,9	43,2
18	Verfassungsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19	Rechnungshof	3,4	3,5	3,6	3,6	3,7
20	Baumaßnahmen	72,7	83,2	91,2	94,1	94,1
21	Allgemeine Finanzverwaltung	1.509,3	1.570,4	1.509,8	1.483,2	1.452,3
Landeshaushalt insgesamt		**4.579,1**	**4.831,7**	**4.898,7**	**4.938,0**	**4.997,7**

Landtag (Einzelplan 01)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	17,1	17,4	17,8	18,0	18,5
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	3,8	3,8	3,8	3,9	4,0
5. Investitionsausgaben	7, 8	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben		**22,2**	**22,6**	**22,9**	**23,2**	**23,8**

Ministerpräsident und Staatskanzlei (Einzelplan 02)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	36,7	37,9	39,3	40,3	41,4
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	251,9	283,4	288,7	294,0	304,1
5. Investitionsausgaben	7, 8	22,3	22,4	22,8	22,8	23,2
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	22,2	22,3	22,7	22,7	23,2
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	22,5	26,0	26,9	29,0	29,7
Gesamtausgaben		**335,2**	**371,6**	**379,6**	**387,9**	**400,3**

Ministerium für Inneres, Bauen und Sport (Einzelplan 03)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	253,5	259,0	270,1	275,9	283,9
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	19,5	19,7	20,7	20,9	21,0
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	21,5	20,6	22,0	22,2	22,4
5. Investitionsausgaben	7, 8	24,9	39,4	37,5	36,7	37,4
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	5,2	10,0	9,8	9,3	9,5
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	19,7	29,5	27,7	27,4	28,0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Gesamtausgaben		**319,7**	**338,9**	**350,5**	**355,9**	**365,0**

Ministerium für Finanzen und Europa (Einzelplan 04)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	103,7	105,8	110,0	111,9	115,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	3,2	3,2	3,2	3,1	3,2
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	7,2	7,9	9,4	8,0	8,3
5. Investitionsausgaben	7, 8	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben		**114,4**	**117,2**	**122,9**	**123,4**	**126,8**

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (Einzelplan 05)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	15,5	15,7	16,3	16,5	17,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	2,6	2,4	2,2	2,2	2,2
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	372,0	387,3	400,9	415,1	427,6
5. Investitionsausgaben	7, 8	32,4	32,4	32,4	32,4	33,0
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	32,4	32,4	32,4	32,4	33,0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben		**422,4**	**437,8**	**451,7**	**466,1**	**479,8**

Ministerium für Bildung und Kultur (Einzelplan 06)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	823,2	845,6	878,8	896,0	920,9
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	8,6	8,4	8,4	8,5	8,6
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	205,9	232,8	266,2	281,5	294,3
5. Investitionsausgaben	7, 8	21,3	21,9	19,0	20,8	21,0
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	21,1	21,7	18,8	20,6	20,8
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Gesamtausgaben		**1.058,7**	**1.109,1**	**1.172,9**	**1.207,3**	**1.245,4**

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (Einzelplan 08)	**Gruppierungsnummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	18,6	18,7	19,4	19,7	20,3
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	4,5	4,3	4,0	3,9	4,0
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	220,8	217,5	211,7	208,8	211,3
5. Investitionsausgaben	7, 8	85,6	120,7	124,1	121,0	123,4
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	85,4	120,5	123,9	120,8	123,2
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	19,1	26,8	27,1	27,5	27,6
Gesamtausgaben		**348,5**	**388,0**	**386,3**	**380,9**	**386,6**

Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (Einzelplan 09)	**Gruppierungsnummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	16,2	16,2	16,6	16,7	17,2
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	5,9	6,1	6,0	6,1	5,6
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	45,8	46,1	46,1	46,3	45,5
5. Investitionsausgaben	7, 8	12,6	12,2	15,6	17,1	19,2
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	12,5	12,1	15,5	17,0	19,1
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,0	-0,5	-0,5	-0,5
Gesamtausgaben		**80,5**	**80,6**	**83,7**	**85,8**	**86,9**

Ministerium der Justiz (Einzelplan 10)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	134,5	137,1	142,2	144,7	148,8
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	64,7	65,0	66,8	67,1	67,7
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	8,2	8,3	8,2	8,2	8,4
5. Investitionsausgaben	7, 8	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben		**207,8**	**210,7**	**217,6**	**220,4**	**225,2**

Datenverarbeitung und Digitalisierung (Einzelplan 16)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	1,9	2,0	1,7	1,7	1,7
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	10,8	14,3	17,5	14,8	14,6
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	25,7	30,7	33,4	34,5	36,4
5. Investitionsausgaben	7, 8	8,2	11,0	12,3	12,1	11,8
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	4,8	5,1	5,6	5,4	5,0
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	3,4	6,0	6,7	6,7	6,8
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben		**46,5**	**58,0**	**64,8**	**63,1**	**64,5**

Zentrale Dienstleistungen (Einzelplan 17)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	37,5	39,0	40,1	42,0	42,3
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Investitionsausgaben	7, 8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Gesamtausgaben		**37,5**	**40,0**	**41,1**	**42,9**	**43,2**

Verfassungsgerichtshof (Einzelplan 18)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Investitionsausgaben	7, 8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben		**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Rechnungshof (Einzelplan 19)	**Gruppierungsnummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	3,3	3,3	3,5	3,5	3,6
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Investitionsausgaben	7, 8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben		**3,4**	**3,5**	**3,6**	**3,6**	**3,7**

Baumaßnahmen (Einzelplan 20)	**Gruppierungsnummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Schuldendienst	56 - 59	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.1. Zinsausgaben	56, 57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
dar.: an Kreditmarkt	57	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Investitionsausgaben	7, 8	72,3	83,2	91,2	94,1	94,1
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	69,2	82,2	90,2	93,1	93,1
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	3,1	1,0	1,0	1,0	1,0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben		**72,7**	**83,2**	**91,2**	**94,1**	**94,1**

Allgemeine Finanzverwaltung (Einzelplan 21)	**Gruppie-rungs-nummer**	**Plan**		**Finanzplanung**		
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		in Mio. €				
1. Personalausgaben	4	209,9	222,1	227,9	236,1	244,5
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	4,3	4,3	3,9	3,9	3,9
3. Schuldendienst	56 - 59	346,4	384,9	362,9	440,0	431,4
3.1. Zinsausgaben	56, 57	346,4	364,9	342,9	340,0	331,4
dar.: an Kreditmarkt	57	346,4	354,9	332,9	330,0	321,4
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	772,4	785,3	827,5	751,1	770,9
5. Investitionsausgaben	7, 8	88,4	106,5	109,3	108,5	106,8
5.1. Sachinvestitionen	7, 81 ,82	1,0	0,9	3,0	0,9	0,9
5.2. Investitionsförderung	83 - 89	87,5	105,6	106,2	107,6	105,8
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	87,9	67,4	-21,7	-56,5	-105,1
Gesamtausgaben		**1.509,3**	**1.570,4**	**1.509,8**	**1.483,2**	**1.452,3**

Investitionsplanung nach Einzelplänen
- in Mio € -

Einzelplan Bezeichnung	Gruppie-rungs-Nummer	Haushaltsplan		Finanzplanung		
		2019	2020	2021	2022	2023
01 Landtag						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**0,1**	**0,1**	**0,1**	**0,1**	**0,1**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
02 Ministerpräsident und Staatskanzlei						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**22,3**	**22,4**	**22,8**	**22,8**	**23,2**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	22,2	22,3	22,7	22,7	23,2
03 Ministerium für Inneres, Bauen und Sport						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**24,9**	**39,4**	**37,5**	**36,7**	**37,4**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	5,2	10,0	9,8	9,3	9,5
'dar. Baumaßnahmen	7	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Investitionsförderung	83 - 89	19,7	29,5	27,7	27,4	28,0
04 Ministerium für Finanzen und Europa						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**0,3**	**0,3**	**0,3**	**0,3**	**0,3**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
05 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**32,4**	**32,4**	**32,4**	**32,4**	**33,0**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	32,4	32,4	32,4	32,4	33,0
06 Ministerium für Bildung und Kultur						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**21,3**	**21,9**	**19,0**	**20,8**	**21,0**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	21,1	21,7	18,8	20,6	20,8

Einzelplan Bezeichnung	Gruppie- rungs- Nummer	Haushaltsplan		Finanzplanung		
		2019	2020	2021	2022	2023
08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**85,6**	**120,7**	**124,1**	**121,0**	**123,4**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
'dar. Baumaßnahmen	7	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Investitionsförderung	83 - 89	85,4	120,5	123,9	120,8	123,2
09 Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**12,6**	**12,2**	**15,6**	**17,1**	**19,2**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	12,5	12,1	15,5	17,0	19,1
10 Ministerium der Justiz						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**0,4**	**0,3**	**0,3**	**0,3**	**0,3**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16 Datenverarbeitung und Digitalisierung						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**8,2**	**11,0**	**12,3**	**12,1**	**11,8**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	4,8	5,1	5,6	5,4	5,0
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	3,4	6,0	6,7	6,7	6,8
17 Zentrale Dienstleistungen						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18 Verfassungs-gerichtshof						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19 Rechnungshof						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Einzelplan Bezeichnung	Gruppie- rungs- Nummer	Haushaltsplan		Finanzplanung		
		2019	2020	2021	2022	2023
20 Baumaßnahmen						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**72,3**	**83,2**	**91,2**	**94,1**	**94,1**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	69,2	82,2	90,2	93,1	93,1
'dar. Baumaßnahmen	7	55,3	66,7	74,4	76,7	76,7
Investitionsförderung	83 - 89	3,1	1,0	1,0	1,0	1,0
21 Allgemeine Finanzverwaltung						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**88,4**	**106,5**	**109,3**	**108,5**	**106,8**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	1,0	0,9	3,0	0,9	0,9
'dar. Baumaßnahmen	7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsförderung	83 - 89	87,5	105,6	106,2	107,6	105,8
Einzelpläne insgesamt						
Investitionen zusammen	**7, 8**	**368,8**	**450,4**	**464,9**	**466,2**	**470,6**
dav. Sachinvestitionen	7, 81, 82	81,5	99,4	109,8	109,9	109,7
'dar. Baumaßnahmen	7	55,9	67,3	75,0	77,3	77,3
Investitionsförderung	83 - 89	287,3	351,1	354,9	356,2	360,9

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

	Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungs-Nummer	Haushaltsplan 2019	Haushaltsplan 2020	Finanzplan 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			in Mio €				
A.	**Einnahmen**						
1	**Einnahmen der laufenden Rechnung**		**4.518**	**4.821**	**4.895**	**4.991**	**5.086**
11	**Steuern**		**3.318**	**3.581**	**3.649**	**3.750**	**3.872**
12	**Steuerähnliche Abgaben**	09	**16**	**16**	**18**	**18**	**18**
13	**Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit**	12	**11**	**11**	**11**	**11**	**12**
14	**Zinseinnahmen**	**15,16**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
141	vom öffentlichen Bereich	15	0	0	0	0	0
1411	Bund	151	0	0	0	0	0
1412	Länder	152	0	0	0	0	0
1413	Gemeinden und Gemeindeverbände	153	0	0	0	0	0
1414	Zweckverbände	157	0	0	0	0	0
1415	Sonstige	154,156	0	0	0	0	0
142	von anderen Bereichen	16	0	0	0	0	0
15	**Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)**		**1.102**	**1.142**	**1.146**	**1.141**	**1.113**
151	vom öffentlichen Bereich		1.064	1.104	1.107	1.101	1.073
1511	Bund	211, 231	738	1.033	1.029	1.028	1.030
1512	Länderfinanzausgleich	212	198	0	0	0	0
1513	Sonstige von Ländern	232	6	6	6	6	6
1514	Gemeinden und Gemeindeverbände	213,233	2	2	2	2	2
1515	Zweckverbände	217,237	1	1	0	0	0
1516	Sozialversicherungsträger	216,235,236	1	1	1	1	1
1517	Sonstige	214,234	118	61	69	63	33
152	von anderen Bereichen	112,27,28	38	38	39	40	40
16	**Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben**		**7**	**7**	**7**	**7**	**7**
161	Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich		0	0	0	0	0
1511	Bund	221	0	0	0	0	0
1512	Länder	222	0	0	0	0	0
1513	Sonstige	223-227	0	0	0	0	0
162	von anderen Bereichen	26	7	7	7	7	7
17	**Sonstige Einnahmen aus laufender Rechnung**		**65**	**65**	**65**	**65**	**65**
171	Gebühren, sonstige Entgelte	111	51	50	50	50	51
172	Sonstige Einnahmen	119	15	15	15	15	15
2	**Einnahmen der Kapitalrechnung**		**90**	**73**	**77**	**57**	**57**
21	**Veräußerung von Sachvermögen**	**131,132**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**
22	**Vermögensübertragungen**		**85**	**68**	**73**	**53**	**53**
221	Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	**33**	55	42	40	36	37
2211	Bund	331	44	31	33	28	29
2212	Länder	332	0	0	0	0	0
2213	Gemeinden und Gemeindeverbände	333	8	8	8	8	8
2214	Sozialversicherungsträger	336	0	0	0	0	0
2215	Sonstige	334,337	3	3	0	0	0
222	Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	34	30	27	33	16	16
223	Sonstige Vermögensübertragungen	29	0	0	0	0	0
2231	Bund	291	0	0	0	0	0
2232	Länder	292	0	0	0	0	0
2233	Gemeinden und Gemeindeverbände	293	0	0	0	0	0
2234	von anderen Bereichen	297-299	0	0	0	0	0
23	**Darlehensrückflüsse**		**3**	**3**	**3**	**3**	**3**
231	vom öffentlichen Bereich	17	0	0	0	0	0
2311	Bund	171	0	0	0	0	0
2312	Länder	172	0	0	0	0	0
2313	Gemeinden und Gemeindeverbände	173	0	0	0	0	0
2314	Zweckverbände	177	0	0	0	0	0
2315	Sonstige	174,176	0	0	0	0	0
232	von anderen Bereichen		3	3	3	3	3
2321	Sonstige im Inland	141,181,182	3	3	3	3	3
2322	Ausland	146,186	0	0	0	0	0
24	**Veräußerung von Beteiligungen und dergleichen**	133,134	1	1	1	1	1

	Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppie-rungs-Nummer	Haushaltsplan		Finanzplan		
			2019	2020	2021	2022	2023
			in Mio €				
25	**Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich**		0	0	0	0	0
251	Bund	311	0	0	0	0	0
252	Länder	312	0	0	0	0	0
253	Gemeinden und Gemeindeverbände	313	0	0	0	0	0
254	Sonstige	314,317	0	0	0	0	0
3	**Globale Mehr-/Mindereinnahmen (soweit nicht aufgeteilt)**	**37**	**-30**	**-64**	**-78**	**-111**	**-146**
4	**Bereinigte Gesamteinnahmen**		**4.578**	**4.830**	**4.894**	**4.937**	**4.997**
5	**Besondere Finanzierungsvorgänge**		**0**	**0**	**2**	**0**	**0**
51	**Schuldenaufnahme am Kreditmarkt**	**32**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
52	**Entnahme aus Rücklagen**	**35**	**0**	**0**	**2**	**0**	**0**
53	**Überschüsse aus Vorjahren**	**36**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
6	**Zu- und Absetzungen**		**1**	**1**	**1**	**1**	**1**
61	**./. Schätzung für Leertitel**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
62	**./. Sonderhaushalte**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
63	**./. Bruttostellung**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
64	**+ Nettostellung (Verrechnungen u. ä.)**	**38**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**
7	**Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan**		**4.579**	**4.831**	**4.897**	**4.938**	**4.998**

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

	Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppie-rungs-Nummer	Haushaltsplan		Finanzplan		
			2019	2020	2021	2022	2023
			in Mio €				
B.	**Ausgaben**						
1	**Ausgaben der laufenden Rechnung**		**4.073**	**4.233**	**4.374**	**4.367**	**4.471**
11	**Personalausgaben**	**4**	**1.634**	**1.681**	**1.744**	**1.781**	**1.833**
12	**Laufender Sachaufwand**		**237**	**250**	**270**	**272**	**276**
121	Sächliche Verwaltungsaufgaben	51-54	165	170	176	176	176
122	Erstattungen an andere Bereiche	67	38	40	42	44	45
123	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	686	34	39	52	52	55
13	**Zinsausgaben**		**346**	**365**	**343**	**340**	**331**
131	an öffentlichen Bereich		0	10	10	10	10
1311	Bund	561	0	0	0	0	0
1312	Sondervermögen	564	0	10	10	10	10
1313	sonstigen öffentlichen Bereich	562,563,567	0	0	0	0	0
132	an andere Bereiche		346	355	333	330	321
1321	für Ausgleichsforderungen	573	-	-	-	-	-
1322	für Kreditmarktmittel	571,575, 576	346	355	333	330	321
1323	für Sozialversicherungsträger	572	0	0	0	0	0
14	**Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)**		**1.856**	**1.936**	**2.016**	**1.972**	**2.029**
141	an öffentlichen Bereich		973	989	1.033	957	981
1411	Bund	611, 631	1	1	1	1	1
1412	Länderfinanzausgleich	612	0	0	0	0	0
1413	Sonstige an Länder	632	13	13	13	13	14
1414	Allg. Finanzzuweisungen an Gemeinden	613	606	621	621	640	663
1415	Sonstige an Gemeinden und Gemeindeverbände	633	249	252	254	254	258
1416	Sondervermögen	614, 634	100	97	140	44	40
1417	Zweckverbände	617, 637	4	5	5	5	5
1418	Sozialversicherungsträger	616, 636	0	0	0	0	0
142	an andere Bereiche		883	947	983	1.015	1.048
1421	Sonstige an Unternehmen und öffentl. Einrichtungen	682,683,685	714	767	791	812	837
1422	Renten, Unterstützungen	681	14	15	14	14	14
1423	Soziale und ähnliche Einrichtungen	684	154	166	179	189	197
1424	Ausland	687,688	0	0	0	0	0
15	**Schuldendiensthilfen**		**0**	**1**	**1**	**0**	**0**
151	an öffentlichen Bereich		0	0	0	0	0
1511	Länder	622	0	0	0	0	0
1512	Gemeinden und Gemeindeverbände	623	0	0	0	0	0
1513	Sonstige	621,624,626,627	0	0	0	0	0
152	an andere Bereiche		0	1	1	0	0
1521	Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	661,662,664	0	1	1	0	0
1522	Sonstige im Inland	663	0	0	0	0	0
1523	Ausland	666	0	0	0	0	0
2	**Ausgaben der Kapitalrechnung**		**376**	**476**	**491**	**491**	**495**
21	**Sachinvestitionen**		**82**	**99**	**110**	**110**	**110**
211	Baumaßnahmen	7	56	67	75	77	77
212	Erwerb von beweglichen Sachen	82	4	5	8	5	5
213	Erwerb von unbeweglichen Sachen	81	22	27	27	27	27
22	**Vermögensübertragungen**		**235**	**303**	**307**	**307**	**314**
221	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich		91	124	124	127	132
2211	Länder	882	0	0	0	0	0
2212	Gemeinden und Gemeindeverbände	883	85	118	115	117	119
2213	Zweckverbände	887	2	2	5	6	9
2214	Sonstige	881,884,886	4	4	4	4	4
222	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	89	137	173	177	175	177
223	Sonstige Vermögensübertragungen an		7	6	6	5	4
2231	Bund	691	0	0	0	0	0
2232	Länder	692	0	0	0	0	0
2233	Gemeinden und Gemeindeverbände	693	0	0	0	0	0
2234	andere Bereiche	697-699	7	6	6	5	4

	Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppie-rungs-Nummer	Haushaltsplan		Finanzplan		
			2019	2020	2021	2022	2023
			in Mio €				
23	**Darlehen**		**2**	**2**	**2**	**2**	**2**
231	an öffentlichen Bereich		0	0	0	0	0
2311	Bund	851	0	0	0	0	0
2312	Länder	852	0	0	0	0	0
2313	Gemeinden und Gemeindeverbände	853	0	0	0	0	0
2314	Zweckverbände	857	0	0	0	0	0
2315	Sonstige	854,856	0	0	0	0	0
232	an andere Bereiche		2	2	2	2	2
2321	Sonstige im Inland	861-863,87	2	2	2	2	2
2322	Ausland	866	0	0	0	0	0
24	**Erwerb von Beteiligungen u.ä.**	**83**	**57**	**52**	**52**	**52**	**49**
25	**Schuldentilgung an öffentlichen Bereich**		**0**	**20**	**20**	**20**	**20**
251	Bund	581	0	0	0	0	0
252	Sondervermögen	584	0	20	20	20	20
253	Sonstige	582,583,587	0	0	0	0	0
3	**Globale Mehr-/Minderausgaben (soweit nicht aufgeteilt)**	**97**	**81**	**100**	**33**	**0**	**-47**
31	**Globale Mehrausgaben**	**971**	**82**	**101**	**88**	**90**	**88**
32	**Globale Minderausgaben**	**972**	**-1**	**-1**	**-56**	**-89**	**-135**
4	**Bereinigte Gesamtausgaben**		**4.530**	**4.809**	**4.898**	**4.859**	**4.918**
5	**Besondere Finanzierungsvorgänge**		**48**	**22**	**1**	**81**	**81**
51	**Tilgungsausgaben an Kreditmarkt**		**0**	**0**	**0**	**80**	**80**
511	Kreditmarktmittel	595	0	0	0	80	80
512	Ausgleichsforderungen	593	-	-	-	-	-
513	Kreditmarktmittel	592	0	0	0	0	0
514	Kreditmarktmittel	591,596	0	0	0	0	0
52	**Zuführungen an Rücklagen**	**91**	**48**	**22**	**1**	**1**	**1**
53	**Deckung von Vorjahresfehlbeträgen**	**96**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
6	**Zu- und Absetzungen**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
61	**./. Schätzung für Leertitel**		**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
62	**./. Sonderhaushalte**		**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
63	**./. Bruttostellung**		**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
64	**+ Nettostellung (Verrechnungen u. ä.)**	**98**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
7	**Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan**		**4.579**	**4.831**	**4.898**	**4.940**	**4.998**

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

NOTIZEN